

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,-- DM

Nr. 188 März/April 1997

5 Millionen ohne Arbeit
1 Prozent Reiche besitzen
2200 Milliarden

Arbeit verteilen Lohn - bei vollem Lohn

Fast 5 Millionen Arbeitslose, inoffiziell eher 7 Millionen. Und fast jeder muß Angst haben, daß er mit et- was Pech in den nächsten Jahren seinen Arbeitsplatz verlieren könnte. Viele haben schon heute völlig ungesi- cherte Arbeitsplätze.

Ulf Petersen, Köln

Mit der „Teilzeitorientive“ von Parteien und Gewerkschaf- ten sollen Jobs geschaffen wer- den, die zum Leben nicht aus- reichen. Ein „Job-Wunder“ wie in den USA wird versprochen: morgens halbtags arbeiten, abends noch keilnäh oder ver- kaufen bei nach hinten offenen Ladeneöffnungszeiten.

Mit immer weniger menschl- iche Arbeit und dem Einsatz der modernen Technik kann heute alles zum Leben Nötige herge- stellt werden. Ein gutes Leben für alle wäre möglich. Aber in der Marktwirtschaft geht es aus- schließlich darum, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Was für die Menschen dabei herauskommt, ist egal. Deshalb werden durch den

Einsatz von Maschinen und Computern Millionen arbeitslos gemacht, während der Rest lan- ger und härter arbeitet. Alle be- kommen weniger Geld und Je- den schlechter, bis auf die wachsende Schaar der Milliardäre und Milliardäre. Ein Prozent der deutschen Bevölkerung besitzt heute ein Geldvermögen von 2200 Milliarden DM, zehnmal

mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Der Weltmarkt regiert. Die Profite müssen stimmen. Haupt- sache die Aktienbesitzer sind

Mit immer weniger menschlicher Arbeit und dem Einsatz der modernen Technik kann heute alles zum Leben Nötige hergestellt werden.

zufrieden, auch wenn die Welt in Trümmer fällt.

Die Politiker und Manager predigen uns „Vernunft“, „Ver- nünftig“ ist unter anderem: An der Börse spekulieren (und da- mit zukünftige Börsenkrächche vorbereiten), Anti-Personen-Ma- nen herstellen und in alle Welt verkaufen, Autoproduktion bis

zum totalen Stau. Massentier- haltung, Kernenergie...

„Unvernünftig“ ist dagegen: Kindergärten bauen, Lehrer und Krankenpfleger einstellen, men- schenwürdige Seniorenbetreu- ung und -unterbringung betrei- ben, öffentliche Verkehrsmittel ausbauen, um den Verkehrskol- laps zu stoppen ...

Die SAV meint: Die für die Gesellschaft nötige Arbeit soll durch Arbeitszeiterkürzung auf alle verteilt werden, damit jeder Arbeit bekommt. Der Arbeits-

druck muß durch vollen Perso- nalausgleich und Neueinstellun- gen vermindert werden. Wir wollen uns nicht kaputtarbeiten, weil Maschinen uns effektiver machen! Voller Lohnausgleich

ist nötig und möglich, schließ- lich kann durch erhöhte Produk- tivität mit weniger Arbeit das Gleiche hergestellt werden.

Bergarbeiter: Kohl muß weg!

„Der Dicke muß weg“ rie- fen tausende von Bergleuten bei den Protesten in Bonn und in den Revieren. Sie ha- ben erkannt, daß der Bergbau kein Einzelproblem ist, son- dern diese Regierung ein Feind der Arbeitnehmer ist. Mit ihren massiven Protesten haben sie die Provokation der Regierung, die Kohle- Beihilfen auf 3,8 Milliarden DM zu stützen, zurückge- schlagen.

Claus Ludwig, Köln

Mit der Verhandlungsführung der IGBB-Spitze hat das jedoch nichts zu tun, das ist allein-

Verdienst der Bergarbeiter, die spontan gestreikt und demon- striert und gegen den Willen ih- rer Gewerkschaftsspitze ihre Wut nach Bonn getragen haben.

Doch das ändert nichts daran, daß im Bergbau eine massive Arbeitsplatzvernichung statt- findet. Selbst wenn Kohl und die RAG ihr Wort halten sollen und es nicht zu betriebsbeding- ten Kündigungen kommt, wird die Arbeitslosigkeit in den Re- vieren steigen. Die Arbeitsplät- ze, die „sozialverträglich“ abge- baut werden, sind für kommen- de Generationen verloren. Ersatz gibt es nicht.

Die meisten Kollegen hatten

schon akzeptiert, daß es einen Abbau geben muß. Jahrelang war das Propaganda-Trommel- feuer, sie wären zu teuer, sie wären Parasiten an den Steuer- geldern, auf sie herabgeprassel- te Gewerkschaft und die SPD- Landesregierungen haben den Abbau-Kurs mitgetragen, woll- ten nur das Tempo verzögern, damit es nicht zu sozialen Um- her kommt.

Darüber, daß diese Subventio- nen nicht direkt an die Bergleu- te gehen, sondern dazu dienen, den hochprofitablen Energie- konzernen wie der RWE die Kohle zu verbilligen; darüber, daß an an den Arbeitsplätzen im



Die sozialistische Alternative:

- ★ Alle arbeiten weniger, die Arbeit wird auf alle verteilt. Voller Lohnausgleich und zusätzliche Neueinstellungen.
- ★ Als Sofortmaßnahme: 30-Stundenwoche für alle bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen
- ★ Mindesteinkommen von 2000 DM netto für alle
- ★ Öffentliche Investitionen in den Bereichen Wohnen, Soziales, Verkehr und Umweltschutz und entsprechende Schaffung von Arbeitsplätzen
- ★ Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle, um die Milliardengewinne sinnvoll einzusetzen zu können
- ★ Umweltverträgliches Wirtschaften für die Bedürfnisse der Menschen statt für den Profit. Sozialismus, nicht Bürokratiendiktatur wie früher in der DDR und Osteuropa, statt Diktatur von Markt und Kapital

Bergbau auch andere hängen; darüber, wie teuer „Subventio- nen“ für Massenarbeitslosigkeit sind; darüber, daß die am stärk- sten mit versteckten Subventio- nen finanzierte Energierzeu- gung die Atomindustrie ist – über all das hat die IGBB nicht allzu viele Worte verloren. Die Kumpel sind in die Schlauch- eingangen, sie müßten Ab- striche machen, obwohl es abso- lut berechtigt gewesen wäre, sämtliche Arbeitsplätze im Bergbau zu verteidigen.

Viele Kollegen sind mit der jetzigen Einigung nicht glück- lich, Teile der Belegschaften

zum Beispiel in Walsum (bei Duisburg) und in Bergkamen haben dagegen Stellung bezo- gen, aber letztendlich sehen sie nicht die Möglichkeit, gegen Kohl, die Landesregierungen und die IGBB zu kämpfen.

Hauch von Frankreich

Die Aktionen der Kumpel von Ruhr, Rhein und Saar beinhal- ten wichtige Erfahrungen für die gesamte Arbeiterbewegung. Sie haben einen Hauch „franzö- sischer Verhältnisse“ verbreitet. Noch: nie war ein Gewerk- schaftsführer im Nachkriegs- deutschland so unten durch wie

Interessens hinter dem Castor

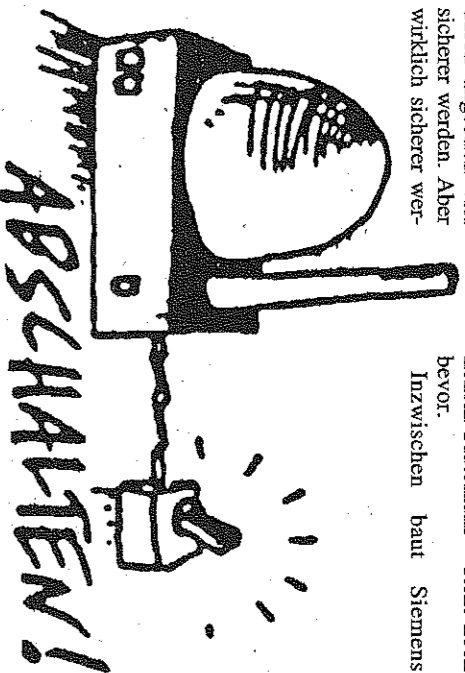
Die deutsche Atomwirtschaft hat einen Namen: Siemens. Das ist nicht die Abkürzung für: „Sicher ist Eisen“. Man erhält Nuklearschrott“. Passen würde es aber. Im Interesse von Großkonzernen wie Siemens hat die Regierung dem Castor den Weg freiprägen lassen.

**Wolfram Klein,
Stuttgart**

Alle AKW, die in Deutschland in Betrieb sind, wurden von Siemens oder dessen Tochterfirma Kraftwerkunion (KWU) gebaut. Durch Nachrüstung von AKW sorgt der Konzern dafür, daß Betriebsanmietungen von den Behörden verlängert werden.

Durch die zunehmende Materialverspöndung werden sie so immer gefählicher. In Mochovce in der Slowakei will Siemens zwei AKW fertigmachen, die keine westlichen Sicherheitsstandards erreichen werden. Die Proteste der Bevölkerung in der Slowakei, Österreich und welt-

weit scheren nicht, es winkt das große Geschäft: 40 bis 60 AKW in Osteuropa nachrüsten, finanziert zum Teil durch unsere Steuergelder, weil die AKW dadurch angeblich viel sicherer werden. Aber wirklich sicherer werden?



den diese Schrottreaktoren nur, wenn sie sofort abgeschaltet werden.

Auch bei der Produktion von Brennelementen hat Siemens kräftig mitgemischt. Die Brennelementefabriken in Hanau waren so oft in den Schlagzei-

len, daß Siemens sie schließen mußte. Der Abtransport des radioaktiven Materials – einschließlich 2,4 Tonnen hochgiftigem Plutonium – steht noch bevor.

Inzwischen baut Siemens

wieder einen Forschungs-Reaktor in Garching bei München, finanziert aus den Forschungsbund und Bayern. Der Bau löste internationale Proteste aus, weil er mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden soll. Für den

Konzern, der schon so vielen Staaten das Know-How zum Atombombenbau verschafft hat, ist das kein Hindernisgrund.

Arbeitsplätze?

Zusammen mit der französischen Firma Framatome entwickelt Siemens eine neue AKW-Baureihe („Europäischer Druckwasserreaktor“), vor allem für den Export. Es ist billiger, AKW da zu bauen, wo die Bevölkerung weniger Schwierigkeiten macht als in Deutschland, und dann den Strom tausende Kilometer zu transportieren.

Diese sind dann noch unsicherer – und seit Tschernobyl wissen wir, daß radioaktive Wolken spielend tausende von Kilometern schaffen.

Auch sonst kennt der Konzern keine Skrupel, wenn Profite winkeln. Siemens baut am „Drei-Schluchten-Staudamm“ am langjase-Kiang mit, für den die chinesische Regierung 1,8 Millionen Menschen umsiedeln will – und daß die mit ihrer Bevölkerung nicht gerade sanft

Geburtsrecht auf die Staatsbürgerschaft, aber hier muß man „deutsches Blut“ haben, um Deutscher zu sein. Wer das nicht hat, dem darf regierungsamtlich das Leben schwer gemacht werden – auch als Kind.

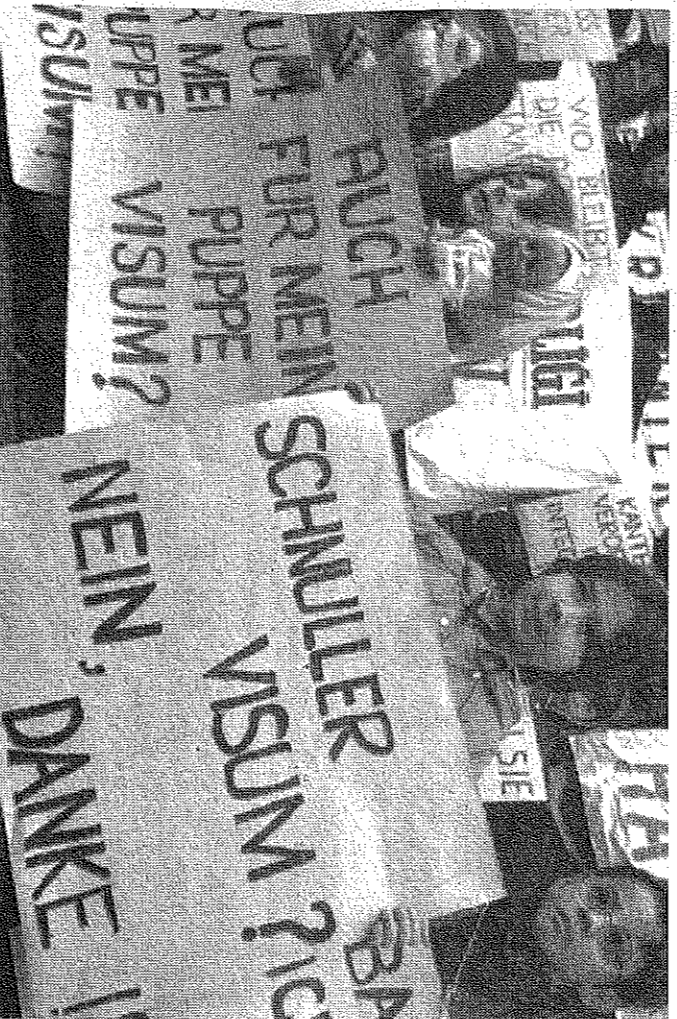
Sündenböcke

Es ist bezeichnend für die große Koalition der erlahbten Parteien, daß das Gesetz auch vom Bundesrat abgesegnet wurde. Mit wenigen Abmilderungen während der Antragsfrist fand es die Zustimmung von SPD und Bündnisgrünen. Ihr Appell für möglichst „unbürokratische“ Handhabung und „Großzügigkeit“ bei Härtefällen täuscht nicht darüber hinweg, daß auch sie ein weiteres Gesetz zur Unterscheidung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen beifürworten.

Damit sind die Handlanger einer Regierung, die immer neue Spaltungslinien erfindet, um von den eigentlichen Ursachen der Krise abzulenken und einen Sündenbock für Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität zu präsentieren.

Es sind nicht die AusländerInnen, die die Arbeitsplätze wegnehmen, sondern die Unternehmer und korrupte Politiker, die sich tagtäglich die Taschen vollstopfen.

Nein zum Kinder-Visum



Tausende demonstrieren gegen die neue Schikane der Regierung gegen AusländerInnen

Die Regierung hat wieder ein neues Gesetz aus der Schublade geholt, um den AusländerInnen ihren niedrigen Stellenwert in dieser Gesellschaft zu zeigen. Das neue Kinder-Visum reiht sich ein in die Verschärfungen der Ausländergesetze der letzten Jahre.

**Faranggeez Habibi,
Bremerhaven**

Seit dem 15. Januar gibt es

eine Einreiservisumpflicht für die Kinder hier lebender Menschen aus den ehemaligen Anwerbestaaten (Türkei, Ex-Jugoslawien, Marokko). Ein Kind, welches in der Türkei zur Schule geht, muß Wochen oder Monate auf ein Visum warten, um seine Eltern in Deutschland besuchen zu können.

Vertrauensfrau, Berlin

Zudem müssen sich auch die in Deutschland lebenden Immigrantenkinder unter 16 sich um einen Einreisepass bemühen. Bislang war es nicht nötig, eine von den Eltern unabhängige Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen. Für viele steht jetzt ein leidetiger und diskriminierender Weg über die bürokratischen Hürden an. Umsonst ist das Visum auch nicht, der deutsche Staat zieht wieder einmal Arbeitsnehmer das Geld aus der Tasche – reiche Schikane. In vielen Ländern gibt es das

Privatisierung serviert Frauen ab

Durch Privatisierung wird die in unserer Gesellschaft ohnehin vorhandene Benachteiligung von Frauen weiter verstärkt.

Ute Pöhler, ÖTV.
Nach Privatisierungsmaßnahmen werden häufig Rationalisierungen, sprich Entlassungen, durchgeführt. Auch in diesem Fall werden Frauen zuerst entlassen. Die Folge davon ist, daß immer mehr Frauen vom Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Die Gehälter der Beschäftigten verschlechtern sich nach der Privatisierung fast immer. Da viele Bereichen in denen typischerweise Frauen arbeiten (Reinigung, Küche, Gesundheitswesen, Wäschereien...) privatisiert werden, sinkt das ohnehin schon schlechte Durchschnittsgehalt von Frauen weiter ab.

Durch Stellenreduzierungen verdrängt sich der Arbeitsdruck nach der Privatisierung stückh. So müssen in einer Stuttgarter Klinik Reinigungsfrauen nach der Privatisierung



Berlin: Protestaktion gegen Kürzungen in Krankenhäusern

die doppelte Zahl an Quadratmetern putzen, Wäscherinnen die doppelte Klozahl an Wäsche bewältigen, Küchenhilfen die doppelte Zahl an Essen herstellen. Außerdem müssen die Frauen häufig Überstunden machen, für kranke Kolleginnen einspringen, seltsame Schichtdienstzeiten hinnehmen. Viele Frauen können deshalb die Doppelbelastung Beruf/Familie kaum bewältigen und werden aus dem Beruf herausgedrängt.

Arbeitschutzbestimmungen werden von vielen Privatfirmen nur halbherzig oder gar nicht ausgeführt. Auch Mutterschutzbestimmungen werden oft nicht eingehalten. So arbeiten in Berliner Kliniken schwangere Reinigungsfrauen auf Intensivstationen, ohne über gefährliche Stoffe, Medikamente oder Krankheiten aufgeklärt worden zu sein. Wenn die Schwestern keine Warnung aussprechen, können diese Frauen dann mit zeitschädigenden Medikamenten in Berührung kommen.

urspringen, das wissen wir. Die Standard-Rechtfergung für diese Aktivitäten ist die Arbeitsplatz-Leier. Damit ist es jedoch nicht sehr weit her. In Deutschland hat Siemens seit 1993 50.000 Arbeitsplätze verloren. Für die verbliebenen Beschäftigten stieg die Arbeitsbelastung.

Der Siemens-Konzern muß enteignet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen, die nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter.

Die Konzerne, Banken und Versicherungen in Deutschland sind durch finanzielle Verflechtungen, Interessensverbände, praktische Zusammenarbeit und Aufsichtsratsposten mit-

einander verbunden. Siemens ist besonders eng mit der Deutschen Bank verbunden – und dadurch mit allem, was in der deutschen Wirtschaft Macht und Einfluß hat. Wenn wir Siemens auf die Füße treten, dann schreit das ganze Großkapital „Aus“ – und schlägt zurück.

Siemens enteignen reicht nicht. Alle großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen ebenso vergesellschaftet werden. Das heißt: sozialistische Demokratie statt Diktatur des Marktes und der Profitieressen. Dann haben wir auch die Möglichkeit, Energieversorgung und Produktion demokratisch gemäß den Bedürfnissen von Beschäftigten, VerbraucherInnen und Umwelt zu planen.

Als Zeitarbeiter bei UPS

„Wir werden verheizt!“

„Denen ist das doch egal, ob einer von uns leihbarbeim draußt. Sicherheitsbestimmungen kennen die garnicht. Die verschleifen Menschen genau wie Maschinen“, berichten Kollegen einer Zeitarbeitsfirma, die beim Bau des neuen Paketzentrum von UPS am Flughafen Köln-Bonn eingesetzt sind.

„Die führen hier amerikanischen Arbeitsverhältnisse ein. Die Typen von UPS stehen wichtig rum, arbeiten so gut wie gar nicht, behandeln uns wie die Sklaven. Die gehen 20 Minuten eher in die Pause und stehen dann am Ende da, gucken wichtig auf ihre Uhr und nutzen uns an, wenn wir mal 2 Minuten zu spät kommen.“ „Allein heute hätte es dreimal fast gekracht. Einmal Krankentagen, zweimal Kiste, war knapp davor. Sämtliche Gewichtsbegrenzungen werden überschritten. Jetzt verlangen sie auch noch, daß wir zwei Wochenenden durcharbeiten. Wir können uns kaum dagegen wehren. Wenn wir uns weigern, verliert unsere Firma den Auftrag. Sie erpressen uns mit den vielen anderen Arbeitslosen. Die ganze Zeitarbeit ist doch reine Seelenverkäuferei. Wir kommen alle aus Thüringen und müssen uns hier 500 km von Hause von amerikanischen Aufsehern schikanieren lassen.“

unser standpunkt

Arbeitslosigkeit – das System ist schuld

Wie ein unaufhaltsam wachsenden Krebsgeschwür entwickelt sich die Arbeitslosigkeit. Dabei gibt es an Therapievorschlügen keinen Mangel. Die Vorschläge und Forderungen der Unternehmer, ihrer Freunde in den etablierten Parteien und inzwischen zum Teil auch von Gewerkschaftsvorsitzenden lassen sich zusammenfassen: Das Problem ist, daß die Marktwirtschaft zu sozial ist, Sozialabbau und Lohnverzicht gegen die Arbeitslosigkeit, die Marktwirtschaft muß marktwirtschaftlicher, der Kapitalismus muß kapitalistischer werden.

Nur läuft diese Therapie schon seit mehreren Jahren. Die Unternehmer wurden entlastet, die Unternehmensgewinne erreichen Jahr für Jahr Rekordhöhen, die Arbeitszeiten sind so flexibel geregelt wie zuvor in der Nachkriegszeit, Heerscharren von Pendlern beweisen auf Fahrten Kreuz und quer durch die Republik gezwungenemmaßen ihre Flexibilität. Die Beschäftigten üben Lohnverzicht, die Kaufkraft sinkt. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, um nur eine von vielen Deregulierungsmaßnahmen für mehr Marktwirtschaft zu nennen. Das Ergebnis ist aber nicht „Mehr Marktwirtschaft gleich weniger Arbeitslose“, sondern bisher brachte mehr Marktwirtschaft mehr Arbeitslose.

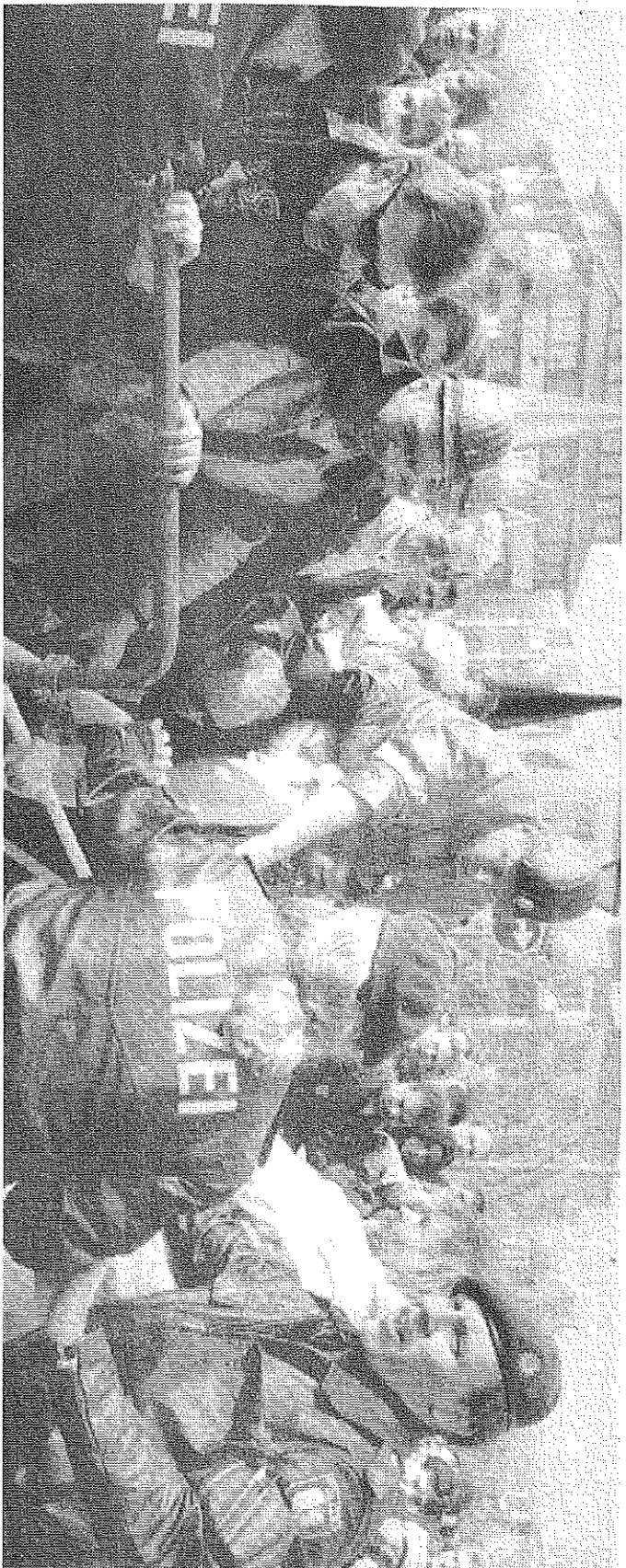
Vorschläge für mehr Teilzeit und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeuten, selbst wenn sie funktionieren würden, nur eine Umverteilung der Arbeitslosigkeit. Sie funktionieren aber nicht, weil man zum Leben nicht nur Arbeit sondern auch Geld braucht, weil die Miete nicht weniger und der Monat nicht kürzer wird.

Die Pressesprecher der Wirtschaft und ihre Sprachrohre von Schäuble bis Schröder verwechseln bewußt Ursache und Wirkung. Die steigenden Sozialabgaben sind nicht Ursache der Arbeitslosigkeit, sondern die steigende Arbeitslosigkeit ist Ursache der wachsenden Sozialabgaben.

Die Ursache der ganzen Misere liegt in der Profitlogik des kapitalistischen System selbst. Da können noch so viel Wohnungen, Kindergärten und Schulräume fehlen – arbeitslose Bauarbeiter und abgestellte Bankräte, Menschen und Maschinen können nicht zusammenkommen, wenn es für den Kapitalbesitzer keinen Profit verspricht.

Die Kapitalbesitzer selber und alle etablierten Parteien verteidigen aber den Kapitalismus. Ihre Kürzungspolitik wird daher mehr Arbeitslose produzieren. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, muß den Kapitalismus bekämpfen, wer die Arbeitslosigkeit abschaffen will muß den Kapitalismus abschaffen. Das ist keine einfache Wahrheit, aber die Wahrheit.

Vollbeschäftigung ist möglich, aber nur in einer demokratisch geplanten Wirtschaft. In einer sozialistischen Gesellschaft, in der weder Banker noch Bürokraten die Wirtschaft bestimmen, sondern die Bedürfnisse der Menschen.



Bonn, 11. 3.: Wütende Bergleute dringen in die Bannmeile ein, nachdem Kohl die Gespräche abgesagt hat. Die Kampfvereinschaft hat die Regierung überrascht.

Kohle statt Kohl

Fortsetzung von Seite 1

Als Kohl die Gespräche am 11. März absagte, weil er nicht dem „Druck der Straße“ nachgeben wollte, explodierte die Stimmung. Hunderte Bergleute drangen in die „heilige“ Bannmeile ein, es kam zu einer kurzen Auseinandersetzung mit der Polizei.

Die IGBE und Bergler waren wegen ihrer windelweichen Verhandlungsführung – sie hatten im vorausleidendem Gehorsam dem Abbau von fast 40.000 Arbeitsplätzen zugestimmt – unten durch Kollegen tiefen. „Wir treten aus“, „Wo ist die Gewerkschaft?“, Bergler wurde mit Pfiffen und „Vertreter“-Rufen begrüßt. Fast jeder hatte Kritik daran, daß die Gewerkschaftsfunktionäre mit Kohl zusammen nach Asien reisen, an den Gehältern und Nebenverdiensten der Funktionäre, an deren Feigheit.

Die SPD-Führer Lafontaine und Schöping hatten einen besseren Stand. Sie hatten schneller als die IGBE-Führung verstanden, daß man jetzt kämpferisch reden muß und ließen sich feiern. Das Rätsel, daß die SPD nach langen Jahren der Politik gegen Arbeitnehmer auf einmal als Sprecher der Bergarbeiter wieder auftritt, ist jedoch schnell gelöst. Die Landesfürsten Lafontaine und Rau sahen sich einer zweifachen Gefahr gegenüber: 1. einer Massenbewegung, die außer Kontrolle zu geraten drohte und 2. einem Abzug von Bonner Geldern aus ihren Ländern, was enorme soziale Folgek-

kommen, zeigte sich am 11. 3. in Bonn. Sie waren es, die die Kollegen zum Gehen überredeten, denn die IGBE hätte das nicht mehr geschafft. Bergers Anforderung zum Rückzug wurde von vielen Kumpels als Kapitulation gesehen. Erst als alle von der Tribüne dafür sprachen, zogen die Bergarbeiter murrend ab.

Kämpferische Opposition

Die Bergarbeiter waren bereit zu kämpfen. Sie haben erkannt, daß ihre Führer das nicht wollen. Tausende waren eine Woche ununterbrochen auf den

„Erst heißt es, die Blockade der FDP-Zentrale wäre keine Gewerkschaftsaktion, dann, als es läuft, kommt die IGBE und setzt sich an die Spitze. Und dann läßt unser Betriebsratsvorsitzender doch tatsächlich FDPler durch die Kette.“

Ein Kollege von Hugo/Consolidation, Geisenkirchen

Beinen. Sie haben ihre Führung in den Kampf gedrückt, sie haben die Regierung gezwungen, ihre harte Haltung aufzugeben. Sowohl der Castor-Transport als auch die Bergarbeiter-Aktionen haben die Verwundbarkeit der Regierung bloßgelegt.

Aber letztendlich haben die Kollegen in den Revieren es nicht geschafft, das Ruder herumzureißen und einen wirklichen Sieg einzufahren. Die Regierung wird jetzt darauf lauern,

ihre Heimatländer zurückzugeben, kommen schon heute in vielen Zechen vor.

Die Ruhrkohle AG wird außerdem die Produktion nicht so weit runterfahren wie die Beschäftigtenzahl. Die Arbeitsverteilung wird weiter steigen, ein Verzicht für auf Lohn-erhöhungen für die nächsten Jahre ist festgeschrieben.

Um einen erfolgreichen Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze und des Lohnniveaus zu führen, reicht es nicht aus zu erkennen, daß Bergler und Co. nicht die Interessen der Kumpel zu vertreten. Dafür ist es nötig, daß der Kampf von unten organisiert und koordiniert wird.

Dafür sind demokratische Streikversammlungen nötig, die über die nächsten Kampfschritte sprechen. Streikkomitees müßten in allen Zechen gewählt werden, die sich dann überregional vernetzen. Bei der Verkündung des Ergebnisses am 13. 3. hatten die Kollegen überhaupt keine Chance zu überprüfen, ob das gut oder eher schlecht ist. Es gab keine Verbindungen zwischen den Leuten von der Saar und aus dem Ruhrgebiet. Sie waren auf die Aussagen der SPD-Politiker und der Funktionäre angewiesen.

Nötig ist stattdessen, den Kampf von unten zu kontrollieren und zu organisieren. Dazu muß in der IGBE und in den anderen DGB-Gewerkschaften eine kämpferische Linke Strömung aufgebaut werden, die Argumente gegen die Regierungspropaganda liefert und Kontakte zwischen den Kollegen herstellt. Verbindungen ins Ausland knüpft.

Der Kohle-Kompromiß wird auf den Knochen der Kumpel ausgeübt werden. Aber politisch geht die Regierung geschwächt aus diesem Kampf hervor. Die Möchtegern-Rambos von FDP und CDU konnten den Demonstrationen der Bergarbeiter nicht standhalten, hatten ursprünglich gedacht, die Gewerkschaft würde das Kind schon schaukeln, am Ende gäbe es Trauer aber keinen Kampf. Sie haben sich verrechnet und mußten klein beigeben. Andere Arbeitnehmer-Gruppen werden sich merken, daß man kämpfen muß, um etwas zu erreichen.

Sozialverträglich auf die Straße?

Stahlindustrie

In Nordrhein-Westfalen droht eine neue Welle von Arbeitsplatzabbau. Die Stahlbarone haben tausende von Entlassungen in den nächsten Jahren angekündigt. Dazu kommt die Kürzung der Steinkohle-Subventionen.

Torsten Sting, IGM-Mitglied, Siegen

Die versprochenen Ersatzarbeitsplätze sind nichts als Luftschlosser. Allem Gerede von der Dienstleistungsgesellschaft zum Trotz haben Einkaufszentren die Industriearbeitsplätze nicht ersetzen können. Die Kruppplanner aus Reinhausen, deren Werk 1993 dichtgemacht wurde, wurden in die Wüste geschickt. Ähnlich ging es den insgesamt 12.000 Kollegen, die zwischen 1991 und 97 bei Krupp-Hoesch abgebaut wurden. Jetzt sollen ihnen weitere 3000 bis Ende 1988 folgen.

Mittlerweile ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Mit durchschnittlich 33 Jahren ist die Belegschaft fast so jung wie die Mannschaft von Schalke 04. Allerdings können sich die Stahlkocher keine Rente mit Mitte 30 leisten.

Bei Thyssen Stahl arbeiten Anfang der 80er Jahre noch 36.000 Stahlkocher, bald soll es nur noch 10.000 sein. Statt

konsequent die Arbeitsplätze zu verteidigen, singt die IG Metall das Hohelied der Sozialverträglichkeit und beteiligt sich dabei, den KollegInnen die Abbaupläne zu erklären.

Nach einer Protestwelle Ende Januar stimmt die IG Metall schnell den neuen, etwas mit Zuckergruß überstreuten Abbauplänen von Krupp-Hoesch zu. Einstimmig entschied der Aufsichtsrat, 2200 Arbeitsplätze „sozialverträglich“, das heißt ohne betriebsbedingte Kündigungen, abzubauen. Dazu kommt die Streichung von Sozialleistungen und die Möglichkeit, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen.

Die Krise des Krupp-Hoesch-Konzerns wird dadurch nicht überwunden, kein einziger Betrieb gerettet. Für mehrere Werke wird diese Ausdünnung der Anfang vom Ende sein. Die IG Metall hätte eigentlich die Aufgabe, den ganzen Sozialverträglichkeitsplunder zu veressen und den Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze zu organisieren.

Wenn die Konzerne nicht funktionieren, müssen die Betriebe eben in Gemeineigentum überführt werden, die Arbeit muß bei vollem Lohnausgleich auf die KollegInnen verteilt werden.

Rostock

Profithaie im Abwasserbecken

1992 wurde bei uns in Rostock erstmals in Deutschland ein kommunaler Betrieb zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung privatisiert. SPD, Bündnis 90 und selbst die PDS stimmten zu. Das Wasserwerk ging in die Hände von Thyssen und einer französischen Firma über. Den Rostockern wurden niedrige Wasserpreise versprochen.

Hans-Jürgen Rosin, Rostock

Genau das Gegenteil trat ein. Innerhalb eines Jahres stiegen die Gebühren für Trinkwasser um 24 Prozent, die für Abwasser sogar um 30 Prozent, was für einen 2-Personen-Haushalt leicht Mehrausgaben in Höhe von 200 DM pro Jahr bedeutet. Weil die Leute sparen, da sie kein Geld haben, und hier nur noch wenige Betriebe übriggeblieben sind, wurden 1996 17 Millionen Kubikmeter Wasser



Ihr da oben ...

Neue Arbeitsplätze

Da sag noch einer, im öffentlichen Dienst würden keine Arbeitsplätze geschaffen! Die Stadt Köln sucht gleich 6 neue Verwaltungsmitarbeiter – um Ausländerinnen zu kontrollieren. „Illegale“ festzunehmen, Abschiebehaft zu beantragen und Menschen zu den Abschiebegefängnissen zu bringen. Erwartet werden „insbesondere Flexibilität, sichere Auftreten und Überzeugungskraft“. Im Bereich des Kölner Jugendamtes sieht es allerdings nicht so rosig aus. Per Privatisierung entledigt sich die Stadt der Jugendzentren, im Bereich der Horte werden die Öffnungszeiten so verkürzt, daß viele Beschäftigte auf Zwangsteilzeit gehen müssen. Das Jagen und Einsperren von Menschen hat offensichtlich mehr Zukunft als Kindererziehung.

Falsche Wahrnehmung?

Das Wirtschaftsamt IFO sieht die Weltwirtschaft im Aufwind. Was, sie haben davon noch gar nichts gemerkt? Das muß daran liegen, daß Otto und Elisabeth Normalbetreiber eine falschen Blickwinkel haben. Denn die „Experten“ sind zuversichtlich. „In Deutschland und Frankreich nimmt die Zahl der unzufriedenen Experten allmählich ab.“ schreibt das Institut. Egal, ob die Arbeitslosigkeit steigt, egal ob unser Lohn sinkt, egal, ob wir zufrieden sind – Hauptsache, die „Experten“ sind es. Nach diesen Maßstäben hat die Marktwirtschaft allerdings eine rosige Zukunft, denn eine Reine zufriedener Experten können wir aus dem Steuertopf ruhig noch bezahlen!?

Dreckige Marktwirtschaft

Es ist höchste Zeit für eine Kriegserklärung an Airbus. Wir müssen runter vom moralischen Podest, wir müssen gemein und dreckig werden.“ Dieser Appell stammt aus der Firmenzeitung des US-Flugzeugriesen Boeing. Die moralischen Grenzen des weltweiten Konkurrenzkampfes diskutieren Wirtschaftsbosse auch anhand dieses Beispiels unlängst auf einem Kongreß der Uni Köln. Doch der BASF-Bosch Strube mußte ebenfalls zugeben: „Der Wettbewerb ist manchmal auch dreckig“. Das Dreckigste ist allerdings, daß die Geldsacke dieses „gemeine und dreckige“ Wirtschaftssystem für das „beste denkbar“ halten. Einziger Schönheitsfehler: es ist ihnen noch nicht dreckig genug.



... wir hier unten

Der Kohle-Kompromiß

Bis 2000 sollen 26.000 Bergbau-Arbeitsplätze vernichtet werden, bis 2005 sollen von den heute 85.000 nur noch 37.000 übrig sein. Dabei soll es nicht zu Kündigungen kommen. 2005 soll es nur noch 10 von heute 19 Zechen geben. Die Subventionen werden auf jährlich 5,5 Milliarden DM gesenkt, der Anteil Nordrhein-Westfalens dabei erhöht.

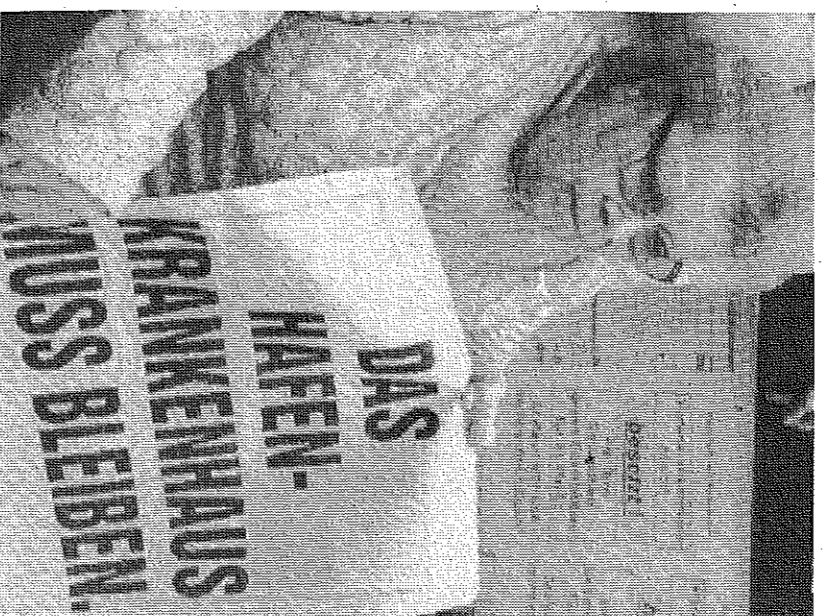
Die IGBE hatte angeboten, dem Abbau von 40.000 der 85.000 Arbeitsplätze bis 2005 und der Senkung der Subventionen auf 7 Milliarden DM zuzustimmen. Die Wut der Kumpel wurde durch Kohls Vorstoß provoziert, nur noch 3,8 Milliarden DM vom Bund zu bezahlen, was die Vernichtung von 60.000 Arbeitsplätzen auf den Zechen bis 2005 bedeutet hätte.

daß der Abbau weitergeht und die Kampfkraft der Bergleute schwinder. Dann werden sie wieder versuchen, den Kahl-schlag zu beschleunigen.

Auch ohne neue Provokationen wird es hart. Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen wird von massiven Versuchen begleitet werden, die Beschäftigtenzahl durch Druck auf die Kollegen zu verringern. Versetzungen auf ungeliebte Stellen, Schikanen gegen chronisch Kranke oder auch Druck auf ausländische Kollegen, in

Mai schafft Fakten

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich – dieses Angebot machte der ÖTV-Vorsitzende Mai Ende Februar den öffentlichen Arbeitgebern. In der Presse hochgelobt als tabubrechend, widerspiegelt es die Linie der Gewerkschaftsführer: Je mehr der Lebensstandard der Beschäftigten sinkt, umso kompetitiver werden sie. Vollmundig bietet Mai den Arbeitgebern Lohnverzicht an. Allerdings handelt es sich



Anfang Februar ist das Hamburger Hafenkrankehaus besetzt worden, die Besetzung dauert noch an. Die Beschäftigten sind allerdings in andere Krankenhäuser versetzt worden, Ambulanzen fahren das Hafenkrankehaus nicht mehr an. Die BesetzerInnen haben in Eigeninitiative mit Hilfe von Ärzten begonnen, eine Gesundheitszentrum aufzubauen. Mehr über diesen Kampf in der Mai-Ausgabe der VORAN.

Rambo-Methoden bei Bauer-Druck

Vor den Toren der „Magdeburger Volksstimme“ wurden Streikposten der IG Medien wiederholt vom Wachdienst des Hauses und der Polizei bedrängt. Seit Mitte Februar streiken 55 Beschäftigte der Bauer-Druck-Tochter für einen Hausarbeitsvertrag. Seit 1993 herrscht dort ein tarifloser Zustand für Überstunden gibt es kein Geld, elfstündige Arbeitszeiten ohne Pause waren die Regel. Die Maschinen sind schlechter besetzt als woanders, es gab mehr Arbeitsunfälle. Eine wichtige Forderung der Streikenden ist deshalb auch die Einstellung von 10 zusätzlichen Druckrinnen.

Das Unternehmen setzt Streikbrecher ein, sowohl



Streiklokal bei der „Magdeburger Volksstimme“

Unternehmern und Regierung dazu benutzt, die Löhne und Sozialstandards drastisch zu senken. Anstatt sich dementsprechend entgegenzustellen, hilft der Gewerkschaftsvorsitzende Mai dabei mit.

Mit dieser Politik erreicht die Gewerkschaftsführung eins mit Sicherheit: Spaltung. Arbeitslose und Beschäftigte werden gegeneinander ausgespielt, und auch die Beschäftigten untereinander. Ein Teil kann sich den Lohnverzicht noch leisten, der andere nicht. Nach Mai's Logik tragen die Arbeitsplatzbesitzer die Verantwortung dafür, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Sind die Beschäftigten nicht bereit, „solidarisch zu teilen“, sind sie schuld an der hohen Arbeitslosigkeit. Die wahren Verantwortlichen und diejenigen, die Millionen auf ihren Konten haben, werden verschont.

Spaltungsgesfahr

Auf ihrer Klausurtagung beschloß die Große-Tarifkommission der ÖTV, Öffnungsklauseln zuzustimmen. Wo Arbeitgeber Arbeitsplatzsicherung oder Neueinstellungen zusagen, sei man bereit, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zuzustimmen. Solche Öffnungs-

klauseln hätten jedoch zur Folge, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst überall unterschiedliche Löhne und Arbeitszeiten haben.

Das untergräbt die Ausgangsposition für Arbeitskämpfe. In einer Zeit, wo die Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen allgegenwärtig werden, sorgt die Gewerkschaftsführung dafür, daß die Kämpfe verzettelt werden und schwächt so die Position der Arbeiterklasse.

Mai machte das Angebot an die Arbeitgeber ohne demokratische Abstimmung in der ÖTV. Als empörte Reaktionen folgten, behauptete er, Grundlage seien die Beschlüsse des Gewerkschaftstages. Das ist falsch. Auf dem Gewerkschaftstag wurde über die 35-Stunden-Woche abgestimmt. Der Zusatz „bei

volltem Lohnausgleich“ wurde auf Antrag des Hauptvorstandes rausgenommen. Kritische ÖTV-Mitglieder konnten schon ahnen, was das zu bedeuten hat. Trotzdem: der Gewerkschaftstag hat nicht den Lohnverzicht zugestimmt. Auch wenn die Große Tarifkommission jetzt zur Diskussion in der ÖTV aufgerufen hat: Der Vorstoß des ÖTV-Vorsitzenden ein Jahr vor den Tarifverhandlungen ist undenkbar. Herbert Mai hat mit seiner Autorität als Gewerkschaftsvorsitzender Stimmung gemacht.

Es wird Zeit, daß ein solches Verhalten nicht mehr hingenommen wird. Wir müssen die Gewerkschaften von unten verändern, damit wir uns gegen die Angriffe der Arbeitgeber wehren können. ■

2. bundesweites Treffen des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“

Opposition soll lauter werden

50 kritische ÖTVler aus 17 Städten trafen sich Ende Februar in Kassel. Dort wurde beschlossen, daß das „Netzwerk“ eine Zeitung sowie Flugblätter herausgibt, um die Alternativen zum Anpassungskurs der ÖTV-Spitze deutlicher darzustellen.

Claus Ludwig, Köln

Eine Kollegin von der Schweriner Stadtverwaltung meinte zur Stimmung im Osten: „Es heißt immer, die Beschäftigten bei uns würden sich alles gefallen lassen. Das ärgert uns. Wir haben in den letzten Jahren total gepowert, aber das wird immer wieder von oben durchkreuzt. Nach dem letzten Tarifabschluß (der die Angleichung der Ost-Gehälter auf den St. Nimmerleinstag verschob, die Red.) sind viele ausgetreten. Bei uns wollten alle die Urabstimmung.“

Es wurde klar, daß sehr viel Druck von unten nötig ist, damit sich die Funktionäre bewegen.

Doch das ist möglich: in Berlin wurde die Diskussion auf den „Netzwerk“-Treffen, daß ein einjähriger Streik- und Protesttag gegen den Kürzungshaushalt nötig ist, in betriebliche Aktionen beim Bezirksamt Kreuzberg umgesetzt.

Es gab auch einzelne Beispiele für gute, von der ÖTV organisierte Aktionen. Ein Vertrauensmann aus dem württembergischen Aalen berichtete, daß dort die ÖTV auf Druck von Basismitgliedern mit dem Slogan „Schrotpt die Reichen!“ auf die Straße gegangen ist.

Die Anwesenden waren sich einig, daß kritische Stimmen in der ÖTV lauter werden müßten. Es wurde eine Forderungspattform beschlossen, deren wichtigste Punkte die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie Forderungen nach einer Demokratisierung der ÖTV sind.

Das „Netzwerk“ spricht sich auch gegen jede rassistische und sexistische Diskriminierung aus

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

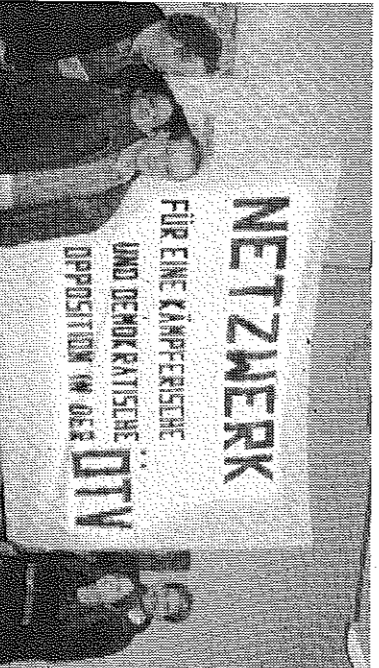
Viele Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst waren empört, als sie in der Presse über das Angebot des ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai erfuhren. Das „Netzwerk“ für eine kämpferische und demokratische ÖTV brachte ein Flugblatt heraus, um diese Stimmung aufzugreifen und Druck von der Basis zu organisieren. Hier Auszüge aus dem Flugblatt: „Für Arbeitszeitverkürzung – bei vollem Lohn- und Personalausgleich! – Keinen Lohnverzicht!“

Ein weiterer Einkommensverlust ist für die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst nicht hinnehmbar, weder in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, noch in den sogenannten mittleren. Schon in den letzten Jahren ist der Reallohn gesunken. (...) Eine Arbeitszeitverkürzung um 3 Stunden würde beispielsweise bei einem Stundenlohn von 20 DM und vollständigem Lohnverzicht 240 DM weniger pro Monat bedeuten! Auch wenn es für Herbert Mai vielleicht schwer nachvollziehbar ist: Wir können weder auf solche eine Summe noch auf die Hälfte oder ein Drittel davon verzichten. Weitere Abschnitte sind nicht drin (...)

Arbeitszeitverkürzung

Massive Arbeitszeitverkür-

zung ist notwendig, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen. Es kann nicht hingenommen werden, daß die, die in Arbeit stehen sich kaputt schufteten müssen, der Arbeitsdruck immer mehr anwächst und andere auf der Straße sitzen und jegliche Perspektive verlieren.



TeilnehmerInnen des „Netzwerk“-Treffens in Kassel.

(...) Wir halten es für notwendig, die 30-Stundenwoche in einem Schritt zu erkämpfen, um tatsächlich eine große Anzahl an neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. (...)

Solidarität

Mai's Vorschlag von Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht (...) ist eine Verteilung vom Sinn und Zweck gewerkschaftlichen Kampfes und von

und unterstützt die europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit. Es wurde deutlich, daß die Funktionäre die Mitglieder argumentativ entwarfen. Die Logik der Unternehmer, daß der öffentliche Dienst zusammengeknipst werden müsse, wird akzeptiert. Fakten darüber, daß die Reichen immer reicher werden, werden von der ÖTV nicht veröffentlicht. Auch hier hat das „Netzwerk“ eine Aufgabe, ebenso wie bei der Verbreitung von Beispielen für Widerstand. Es wurde eine Solidaritätsresolution mit dem kämpfenden Kolleginnen im Hamburger Hafenkrankehaus beschlossen.

Zu schnell?

Einige Teilnehmer merken an, daß man aufpassen müsse, sich nicht zu übernehmen und die Inhalte erst genauer diskutiert werden müßten. Eine Kollegin aus Oberhausen gab zu bedenken, daß die „Netzwerk“-Leute aufpassen müßten, um

Solidarität! Die Gewerkschaftsführung ist scheinbar dazu übergegangen, uns den Verzicht bei zubühnen, anstatt für unseren Anteil zu kämpfen.

Mit Solidarität hat das nichts zutun. Solidarität ist, wenn alle Beschäftigten und Arbeitslosen gemeinsam gegen die Angriffe

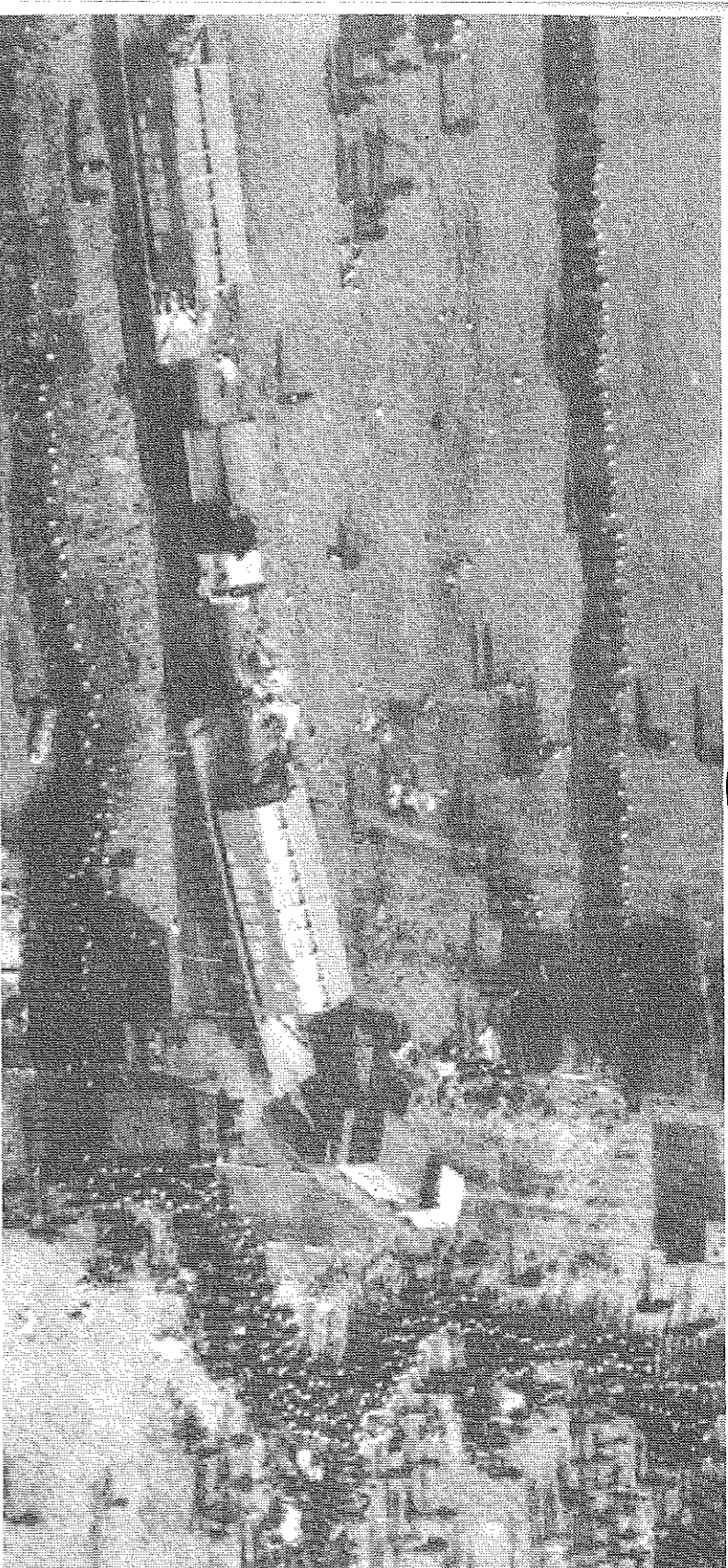
Voller Lohn- und Personalausgleich

Nach einer Berechnung der ÖTV-Führung könnten bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden 170.000 neue Stellen geschaffen werden. Wenn der Stundenlohn voll ausgerechnet würde, wären es aber 300.000 neue Stellen. Scheinbar geht die ÖTV-Führung von vorne herein von einer weiteren Arbeitsverdichtung aus. So kann die Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpft werden! Arbeitszeitverkürzung darf nicht wieder durch Rationalisierung aufgefressen werden, sondern muß vollständig in neue Stellen umgewandelt werden. Im Tarifabschluß muß die ÖTV die Arbeitgeber auf die erforderlichen Neueinstellungen festzulegen (...)

Forderung muß von Basis entschieden werden!

Wir wollen nicht hinnehmen, daß über die Köpfe der Mitglieder hinweg ein solches Angebot an die Arbeitgeber gemacht wurde. Die Tarifrunde beginnt erst 1998. Es besteht keine Notwendigkeit, ein Jahr vorher ein Angebot an die Arbeitgeber zu machen! Wir fordern ein demokratisches Abstimmungsverfahren über die Frage der Arbeitszeitverkürzung und des Lohn- und Personalausgleichs. ■

Castor siegt sich zu Tode



ist jedoch mehr Ausdruck ihrer hilflosen Wut als ein wirklicher Angriff. Um 15 Uhr erreicht der Transport das Zwischenlager. Die Enttäuschung ist groß, aber auch die Wut. Viele weinen, aber noch mehr ballen die Fäuste.

Der Staat hat in der offenen Feldschlacht gewonnen. Aber dieser „Sieg“ wird ihm teuer zu stehen kommen. Die verschwendeten Steuergelder sind nicht das größte Problem. Die Anti-Atom-Bewegung wächst, die Menschen im Wendland werden durch die Unterstützung aus allen Landesteilen ermüdet, weiterzumachen. Angesichts von Prügeltruppen, die Traktoren zerstören, mit Wasserwerfern Vorgärten verwüsten und auf friedliche Menschen einbrechen, denken mehr Leute darüber nach, daß in diesem Staat wohl nicht nur die Energiepolitik faul ist.

Die Politiker kommen ins Schwitzen, wenn sie an den Aufwand des nächsten Transportes denken. Schon wird über neue Zwischenlager im Süden und die verstärkte Nutzung des Lagers Ahaus in Westfalen diskutiert. Aber auch in anderen Gegenden gucken Leute Fernsehen und lassen sich von Protesten ermuntern.

Allerdings hat es auch Schwächen bei den Widerstandskämpfen gegeben, die beim nächsten Mal überwunden werden können. Das Verhältnis zwischen Auswärtigen und Anwohnern war zwar freundlich, aber die Aktionen wurden nicht gemeinsam koordiniert, viele Ortsunkundige irrten durch die Gegend, viel Arbeit würde bei Blockaden an den falschen Stellen verschwendet.

Die Bunttheit der Demonstrationen sollten kein Grund sein, nicht zielgerichtet zu handeln. Mit besserer Absprache kann es der Polizei beim nächsten Mal noch schwerer gemacht werden. ■

Polizisten werden brutal: mal

unertöhnt worden. Die Süd-strecke ist unbefahrbar. Ein erster Sieg. Jetzt gibt es nur noch einen Weg nach Gorbien. Alte konzentrieren sich auf die verbliche Nordroute.

Immer mehr Demonstrationen sammeln sich an der Ausfahrt der Station. Schließlicht blockieren über 6000 die Straße.

Die Räumung beginnt Mittwoch morgen um halb zwei. Der Bundesgrenzschutz räumt die Sitzblockade zwischen dem Bahnhofsfor und der Bundesstraße 191. Zuerst werden die Leute nur weggetragen. Alle sind vollkommen friedlich.

Aber der Einsatzzeitung geht es nicht schnell genug. Es werden Wasserwerfer eingesetzt, zuerst noch um die Menschen zu durchschassen, damit sie in der Demonstration schützen sich durch grobe Plastikplanen. Sieben Stunden vergehen. Die Räumung kommt nur schrittweise voran.

Als es hell wird, setzt die Polizei Wasserwerfer und Knüttel rücksichtslos ein. Einem Blockierer wird durch die harte Wucht des Wasserstrahls das Trommelfell zerstört. Einige

Talke-Demonstration mit 15.000 Teilnehmern kommen immer mehr auswärtige Castor-Gegner. Sie schlagen ihre Zelte in den verschiedenen Camps auf. AnwohnerInnen bringen Verpflegung, von frischen Eiern bis zu Hausmacherwürsten.

Die Bauern blockieren die wichtigsten Straßen und Wege mit ihren Traktoren — kein ungefährliches Unterfangen. Die Blockierer setzen nicht „nur“ ihre Gesundheit, sondern auch erhebliche Sachwerte aufs Spiel. Ein Treckerreifen kostet über tausend DM. Im Laufe der Tage werden davon 30 von den Polizisten zerstochen.

Der Zug kommt

Als am Abend des 3. März der Castor ankommt, sitzen bei Polizisten im Castor-Zug bei Cola und Chips an den Fenstern. Sie winken ihren Kollegen draußen zu und strahlen mit ihrer gefährlichen Fracht um die Wette.

Am frühen Morgen des 5. März sollen die Behälter per LKW ins Lager gefahren werden. Die Straße war an den Tagen zuvor an manchen Stellen

geblut worden. Die Polizei war allerdings nicht so gut vorbereitet. Sie geht das Risiko ein, die Kletterer mit einem der fast haushohen Atomüllbehälter herunterzureisen. Angesichts dieser Wild-West-Methoden verlassen Lenas Freunde, den Baum. Lena selbst wird dann von einem Polizisten einer Berliner Einheit heruntergeholt. Er klettert wie ein wildgewordener Affe den Baum hoch, ohne selbst entsprechend abgesichert zu sein. Fast 2 Stunden konnte der Transport aufgehalten werden.

Widerstand gestärkt

Danach kommt es nur noch am Rande des Transports zu Auseinandersetzungen. Vermummte Jugendliche zünden auf den Felder Strohhallen an und werfen Steine auf Wasserwerfer und die Trieflader. Dies

Neonazis



München, 1. März: 5000 Nazis marschieren auf der größten rechten Demo seit 20 Jahren

Kassel: REPs gestoppt

Vier Jahre lang konnten die rechtsextremen Republikaner (REPs) im Kasseler Stadtparlament das Zünglein an der Waage spielen

Die Kommunalwahlen von 1993 hatten eine Patrsituation zwischen CDU/FDP einerseits und SPD/Bündnisgrüne andererseits ergeben. Mit damals 5,4 Prozent der Stimmen und 2 Ratsitzen unterstützten die REps die CDU/FDP-Koalition.

Zur jüngsten Kommunalwahl im März plätscherten sie die ganze Stadt zu mit Sprüchen wie „Teure Scheinmasy/ianten haben wir — billige Wohnungen brauchen wir“ und planten eine öffentliche Veranstaltung unter dem Motto „Sind wir auf dem Weg in eine multikriminelle Gesellschaft?“. Die SAV und Autonome mobilisierten spontan 60 Leute. Der ursprüngliche Veranstaltungsort war schon am Vorabend leicht demoliert wor-

Nach zwei Stunden im Regen zogen die nicht besonders zahlreichen Alt- und Jungnazis ab, nachdem einzelne erfolglos versucht hatten, sich durch unsere Blockade zu drängen. Wir stürmten noch die Kneipe und entfernten sämtliches Material der REps darin. Obwohl die Lokalpresse da war, brachten sie am nächsten Tag kein Wort. Bei der Kommunalwahl kamen die REps mit 4,6 Prozent nicht mehr ins Stadtparlament. Wir sind stolz, unseren Teil dazu beigetragen zu haben.

Lucy, Kassel

Wir zahlen nix!



Gebührenboykott der Studierenden in Baden Württemberg

In diesem Winter gab es in Baden-Württemberg die größte Studierendebewegung seit vielen Jahren. Höhepunkt war der Boykott der „Rückmeldegebühren“, an dem sich über 20.000 Studierende beteiligten.

Im Dezember beschlossen CDU, FDP und REPs im Landtag die Einführung einer Einschreibe- und Rückmeldegebühr von 100 DM pro Semester. Mit den Einnahmen soll erreicht werden, daß an den Hochschulen „nur“ 360 statt 400 Millionen DM dieses Jahr gekürzt

werden. Am 7. und 10. 12. hatte eine stadtweite Demo gegen die Landes-Hochschulpolitik mit je 3-4000 Studierenden gegeben. Nach dem Beschluß legten wir einen Zahn zu. Nachdem im letzten Jahr in Berlin ein individueller Boykott und der Gang vor die Gerichte erfolglos war, wollten wir gemeinsam boykottieren: Wir richteten an den meisten Unis und ein paar anderen Hochschulen Treuhandskonten ein, auf die start an die Uni gezahlt werden sollte. Wenn eine bestimmte Mindestzahl erreicht würde (je nach Hochschule 25-

50 Prozent) wollten wir gemeinsam boykottieren und die Landesregierung vor die Wahl stellen, die Gebühr zurückzunehmen oder zigtausende Studierende von der Hochschule zu schmeißen. Bei denen, die wir erreichten, war die Reaktion überwiegend positiv. Aber wir waren noch zu wenig. Aktive, um genug Leute zum Mitmachen zu bewegen und mußten die Aktion abbrechen. Trotzdem sind viele erstmals aktiv geworden, das ist eine gute Voraussetzung für die nächsten Kämpfe — und da gibt es viel zu tun: Land- und Hochschulen haben für die

nächsten fünf Jahre einen weiteren Personalabbau von 10 Prozent vereinbart. Eine Studiengebühr von 1000 DM für „Langzeitstudierende“, die zum Beispiel nebenher jobben müssen oder das Studentenfach wechseln oder das Studium in den nächsten Wochen beschlossen werden. Der Kampf der Landesregierung für Elitebildung geht weiter, unser Kampf dagegen auch.

Wolfram Klein, Uni Stuttgart, AK Treuhandskonto

Der Countdown zum Start der Europäischen Währungsunion (EWU) läuft, die Hektik wächst. In allen europäischen Ländern werden „Sparpakete“ geschnürt, um die Maastrichter Kriterien zu erfüllen. Blüten muß überall die Masse der Bevölkerung, mit Lohnverzicht, Zerstörung der Sozialsysteme, Erhöhung der Verbrauchssteuer – egal, welche Parteien an der Regierung sind. Die italienische Regierung unter Führung der Ex-Kommunisten hat sogar für 1997 eine Maastricht-Steuer zum Auffüllen der Staatskasse erhoben.

Der Druck von Maastricht ist nur ein schwacher Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, sollte der Euro im Jahr 2002 tatsächlich eingeführt werden. Doch dies ist alles andere als wahrscheinlich, meint

Angela Bankert, SAV-Bundesvorstand

WÄRDEN DER EURO

Während in Nordamerika und Südostasien die USA und Japan überragende Dominanz und riesige Binnenmärkte haben, stellt sich die Lage in Europa schwieriger dar. Europa ist von vielen Staatsgrenzen und damit auch Währungen durchzogen.

Seit Jahrzehnten verfolgen die europäischen Wirtschaftsmächte deswegen das Ziel eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. Eine wichtige Ergänzung dazu wäre eine Einheitswährung. Während die wirtschaftliche und handelspolitische Integration insgesamt über die letzten Jahrzehnte zunahm, wurden diese Verflechtungen durch Währungsturbulenzen immer wieder gestört. Schon 1970 entstand der Plan zur stufenweisen Einführung einer Währungsunion bis 1980, dessen Umsetzung jedoch kläglich scheiterte.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen: In jeder wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus fliegen bisherige Währungssysteme auseinander oder es knirscht heftig im Gebälk. Feste Wechselkurse kommen bisher nur im Nachkriegsaufschwung über längere Zeit gehalten werden. Und dies auch nur unter der Voraussetzung, daß eine alles dominierende Wirtschaftsmacht – die USA – sie zu ihren Bedingungen durchsetzt, daß der internationale Zahlungsverkehr in festgelegten und halbwegs kontrollierten Bahnen verläuft.

Heute befindet sich die Weltwirtschaft in einer Phase von Stagnation und Depression; die Konkurrenz zwischen den Großmächten und Blöcken hat sich verschärft. Zudem sind die Finanzmärkte völlig liberalisiert und und es gibt kaum noch Kapitalverkehrscontrollen. Es ist daher wahrscheinlich, daß es im Zuge der Umsetzung der EWU – vor

oder auch nach ihrem Start – zu einer dramatischen Krise kommt.

Diktat der Finanzmärkte

Der mit Maastricht eingeschlagene Weg beugt sich dem Diktat der Finanzmärkte, die sich seit Mitte der 70er Jahre enorm aufgebläht haben und die Realwirtschaft beherrschen. Handelsstättlich werden 1500 Milliarden Dollar an den internationalen Devisenbörsen umgesetzt. In ähnlichen Größenordnungen bewegt sich der internationale Handel mit Wertpapieren und Schuldtiteln aller Art.

Die internationalen Kapitalanleger – Banken, Versicherungs-, Investment- und Pensionsfonds, Großkonzerne – interessiert vor allem, ob ihr Geld sicher und gutverzinst angelegt ist; wie ist die Geldwertstabilität, wie hoch sind die Zinsen, bleibt der Staat zahlungsfähig, bedient er seinen Schuldendienst pünktlich? Ob die Masse der Bevölkerung dafür bluten muß, ist gleichgültig.

Die hohe Verschuldung der Staaten hat diese in zunehmende Abhängigkeit von den Finanzmärkten gebracht. Wer seine Währung abwertet oder als Weichwährungsland gilt, zahlt für Anleihen auf den Kapitalmärkten Risikozuschläge.

Wer zur Konjunkturankurbelung seine Zinsen senken will und damit das Zinsgefälle zu anderen Staaten zu stark erhöht, muß mit Kapitalabfluß in Hochzinsländer rechnen. Ein weiterer Ausdruck der Abhängigkeit von den Finanzmärkten ist die Auswahl der rein monetären Maastricht-Kriterien: Zinsen, Inflationsrate, Staatsver-

schuldung. Realwirtschaftliche Daten wie Beschäftigung, Wachstum, Produktivität werden damit in den Hintergrundgedrängt.

Was erwarten die Regierungen von der EWU?

Der soziale Kahlschlag soll verschärft und institutionalisiert werden. Gewissermaßen per eingebautem Automatismus der Maastricht-Kriterien, des Euro und des Stabilitätspakts sollen alle Regierungen ein für allemal auf Geldwertstabilität, Deregulierung der Arbeitsmärkte und Kürzungspolitik festgelegt werden. Ein Nachgeben gegenüber Bewegungen der Arbeiterklasse soll verhindert werden. Eine höhere Verschuldung, um sozialen Forderungen

Bei Maastricht ist der Weg auch ein Stück weit das Ziel, erlaubt es doch „den Völkern einschneidende Stabilitätsopfer zu verlangen.“

Finanzminister Waigel

gen vorübergehend nachzugeben und so innenpolitische Umruhen zu verhindern, wäre formal verboten. Im Interesse der Wettbewerbsposition europäischer Konzerne gegenüber anderen Weltregionen sollen Löhne, Sozialausgaben und ökologische Auflagen auf das niedrigste Niveau zurückgeschraubt werden.

Nationalstaatliche Alleingänge in der Geld- und Finanzpolitik sollen verhindert, und damit als Ergänzung zum bisher erreichten Grad wirtschaftlicher Verflechtung die nationalstaatlichen Schranken ein Stück weiter abgebaut werden.

Trotz des aufgeblähten Geldkapitals, das vor allem nach kurzfristigen Renditen um den Globus jagt, gibt es weltweit einen Wertlauf um langfristige und investive Kapitalanlagen. Besonders die hohe Verschuldung vieler Staaten führt zu Kapitalknappheit. Eine Vereinheitlichung der Währungen und der Geldpolitik soll daher internationale Kapitalanleger anlocken und einen attraktiven, einheitlichen Finanzraum für sie schaffen.

Der Euro soll als starkes Gegenengewicht zum Dollar dienen. Denn immer noch „dominiert der Dollar mit 60 Prozent, während die Mark nur 15 Prozent



IN

deutschen Koalition kommt“ (Zeit, 29. 9. 95). Aus Sicht der anderen Staaten ist eine Einbindung der Großmacht Deutschlands von Interesse. Das meint Kohl mit der Aussage, daß „die europäische Einigung eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert“ sei.

Welche Folgen hätte die Einführung des Euro?

Zunächst handelt es sich dabei nicht um eine Währungsreform oder einen Währungsschnitt wie etwa nach einer hohen Inflation. Alle in Geld ausgedrückten Werte würden lediglich zu einem festen Satz von DM auf Euro umgestellt. Kaufkraftverluste oder Vermögensverschiebungen würden durch die technische Umstellung auf Euro nicht eintreten. Die Probleme liegen woanders.

Einerseits soll mit dem Euro ein einheitlicher währungs- und geldpolitischer Raum geschaffen werden. Andererseits bleiben die Nationalstaaten bestehen. Die einheitliche Finanzpolitik tendiert dazu, die nationalen Volkswirtschaften zu untergraben, während diese gleichzeitig die Grundlage für die Herrschaft der Einzelstaaten bleiben. Denn: die völlige Aufgabe des Nationalstaats wollen und können die nationalen herrschenden Klassen Europas nicht. Sie brauchen ihn nach wie vor als Instrument der Verteidigung ihrer ökonomischen und politischen Interessen im Inneren – vor allem gegenüber der Arbeiterklasse – und nach außen. Letzteres trotz der vielbeschworbenen „Globalisierung“, die sich weniger auf die Produktion als vielmehr auf die Finanzmärkte bezieht.

Aus dieser Zwitter-Stellung, die aber im Kapitalismus unvermeidlich ist, ergibt sich Sprengstoff. Die Staaten der EU gleichen dabei einer Diebesbande, die einseitig nur erfolgreiche Raubzüge durchführen kann, wenn sie zusammenhält, während andererseits die

Der Euro-Fahrplan

Im Frühjahr 1998 wird über den Teilnehmerkreis für den Start der EWU entschieden auf Grundlage der Finanzdaten der einzelnen Staaten von 1997.

Start ab 1999. Ab dem sollen zwischen den Teilnehmerstaaten „unwiderprüflich feste Wechselkurse“ gelten. Gleichzeitig geht die gesamte Geldpolitik in die Hände der Europäischen Zentralbank über, die geradewegig diktatorische Vollmachten genießt und von niemandem kontrolliert werden soll. Der ECU wird durch den Euro ersetzt und hat im bargeldlosen Zahlungsverkehr begrenzte Funktionen.

Wenden feste Kurse und gemeinsame Geldpolitik zwei Jahre lang durchzuführen, so würde der Euro ab 2002 allgemein gültiges Zahlungsmittel, mit einer Übergangsfrist von einem halben Jahr parallel zu den nationalen Währungen. Diese Umstellung wäre dann nur noch ein überwiegend technischer Vorgang.



Die Krise

Absaufen verhindern.

Zwar gibt es in der EU nicht den Systemunterschied wie zwischen der BRD und der DDR. Aber der Abstand zwischen den Staaten wie auch den Regionen Westeuropas ist enorm, auch bezogen auf die eventuellen Erstelnahmer-Staaten. Die 25 am besten gestellten Regionen haben ein pro-Kopf-Einkommen von 142 Prozent des EU-Durchschnitts, die 25 schlechtesten liegen bei 55 Prozent. Die Arbeitslosigkeit schwankt zwischen 4,6 und 27 Prozent.

In einem Land kann das noch ansatzweise durch Transferleistungen und regionalen Finanzausgleich abgemildert werden. Der innerdeutsche West-Ost-Transfer beträgt 200 Milliarden DM jährlich. Die gesamten EU-Mittel für regionale Strukturpolitik betragen 1995 knapp 50 Milliarden DM. Transferleistungen wie von West nach Ostdeutschland sind in europäischen Maßstab unmöglich und nicht finanzierbar und auch gar nicht erwünscht.

Dieter Hundt vom Arbeitgeberverband BdA: „Keinesfalls darf die Sozialpolitik in europäischen Maßstab zum Ausfallbürgen für unzulängliche Reformbemühungen der einzelnen Länder werden. Wir brauchen eine auf Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit basierende Stabilitätsunion, nicht jedoch eine Transferunion mit immer umfangreicheren zwischenstaatlichen Umverteilungsmechanismen.“ (Handelsblatt, 31. 12. 96)

Internationales Kapital wird vor allem in die wirtschaftlich starken Regionen fließen. Die wirtschaftlichen Strukturen der weniger wettbewerbsfähigen Regionen kämen unter die Räder. Gewinner wären einige wenige Großkonzerne, einige reiche Euroregionen und ein kleiner Teil der Bevölkerung. Der Rest würde abgehängt.

Weichwährung

Der währungspolitische Zusammenschluss verschiedener Länder und die Vorherrschaft des Finanzkapitals machen es erforderlich, daß das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euro als Hartwährung ertragen wird. Wenn die internationalen Kapitalgeber kein Vertrauen in den Euro als sicherer Anlagewährung haben, würde das zur Flucht in andere Währungen, Dollar und Yen, und zum Absturz des Euro führen. Dem Ziel, das Vertrauen der Finanzmärkte zu gewinnen, dienen die gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen, der Euro werde so hart wie die DM.

Dies wird schon deswegen kaum möglich sein, weil der Euro nicht die gleiche realwirtschaftliche Grundlage hätte, da er durch unterschiedlich starke Volkswirtschaften unterlegt ist.

Selbst die Stärke der DM widerspiegelt nur noch zum Teil die aktuelle wirtschaftliche Position Deutschlands am Weltmarkt. Die wirtschaftlichen Daten sind schlechter geworden, statt größter Gläubiger ist Deutschland seit der Vereinigung der größte Schuldner und Nettokapitalimporteur Europas. Gerade die hohe Ver-

schuldung zient internationales Kapital an, was die DM-Kurse hochtreibt. Wenn diese Gelder im Zuge der EWU abgezogen werden, kann die DM und mit ihr der Euro absitzen.

Probleme vor dem Start

Die EWU macht nur Sinn, wenn eine kritische Masse von Staaten am Start dabei sein kann, damit die erhofften Vorteile überhaupt wirken können. Deutschland und Frankreich müssen dabei sein, ebenso die Benelux-Staaten – trotz der Rekordverschuldung Belgiens – ebenso Österreich mit seiner Satelliten-Währung der DM. Auch Dänemark könnte eventuell akzeptiert werden.

Die Festlegung eines kleineren Kreises von Hartwährungsländern für den Start ist am wahrscheinlichsten, um zu versuchen, die Risiken zu begrenzen. Doch schon die Festlegung der Erst-Teilnehmerkreises kann beträchtliche Spannungen bringen.

Wer nicht dazu gehört, wird wahrscheinlich von den Finanzmärkten sofort mit Flucht aus der Währung und höheren Kapitalmarktzinsen bestraft. Dies hat zur Folge, daß dann ein tiefer Währungsriß durch die EU geht, was zur Verschärfung wirtschaftlicher und politischer Spannungen beiträgt.

Derzeit erfüllt kein Land außer Luxemburg alle Teilnahme-Kriterien. Andere Staaten, die zum engeren Kreis der EWU am Start gehören wollen, bemühen sich die Staatsverschuldung abzusenken, damit sie 1997 diese Kriterien erfüllen. Dies geschieht zum Teil durch „kreative Buchführung“ – sprich Schummeln – und durch Auffüllen der Kassen durch einmalige Privatisierungserlöse. Selbst Deutschland wird bei strikter Auslegung die Kriterien kaum erfüllen.

Es ist daher wahrscheinlich, daß bei Festlegung des Teilnehmerkreises für den Start der EWU ein Auge zuge-drückt und zumindest zum Teil politisch entschieden wird, das heißt, daß die Kriterien aufgeweicht werden.

Staatsverschuldung

Eine wieder anwachsende Staatsverschuldung nach der Entscheidung über die Teilnehmer oder nach dem Start der EWU ist schon jetzt aus den verschiedenen Gründen absehbar. Die Löcher in den Staatskassen, die jetzt notdürftig verdeckt werden, müssen gestopft werden. Eine abflauende Konjunktur wird den Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöhen. Der schärfere Standortwettbewerb im Zuge der EWU führt zu erheblichen Subventionen für Unternehmen und Infrastrukturleistungen. Wachsende soziale und regionale Polarisierung erzeugt politischen Druck nach Ausgleichs- und Transferzahlungen.

Trotz Stabilitätspakt wird sich ein Staat kaum von anderen vorschreiben lassen, inwieweit er in Anbetracht einer Massenbewegung deren Forderung vorübergehend nachgibt oder nicht und sich höher verschuldet.

Wenn ein Staat sich über Gebühr verschuldet und am Kapitalmarkt bedient, treibt dies in einem gemeinsamen Fi-

nanzraum dann für alle Staaten die Zinsen nach oben.

Dilemma und Krise

All diese Faktoren machen es wahrscheinlich, daß der Euro eine Weichwährung würde und dies bereits im Vorfeld deutlich wird. Das bedeutet: Flucht aus DM oder Euro und internationale Währungs- und Finanzunruhen, die zum Krach an den Finanzmärkten führen und auch die Realwirtschaft mit in eine Depression föhzen können.

Nicht nur die EWU würde dann auseinanderbrechen, auch eine schwere Krise der EU würde ausgelöst.

Auf kapitalistischer Basis ist es unmöglich, ein Anzahl von Nationalstaaten zu einem einheitlichen Währungs- und Finanzraum zu verschmelzen. Zwar könnte der Startschuß zur EWU am 1. 99 fallen. Aber es ist extrem unwahrscheinlich, daß ein festes Wechselkurs-system und eine einheitliche europäische Finanzpolitik über zwei Jahre durchgehalten werden können und der Euro 2002 kommt. Dies wäre schon der Fall, wenn das jetzige schwache Wirtschaftswachstum noch ein paar Jahr weiterginge. Und erst recht bei Eintritt der nächsten internationalen Rezession, wo sich die Tendenzen verschärfen, daß jeder Nationalstaat zunächst die eigene Wirtschaft und die ansässigen Konzerne schützt.

Damit stecken die Herrschenden in Europa in einem Dilemma. Je näher das Datum rückt, um so höher türmen sich die Risiken auf. Aber eine weitere Verschiebung wird auch immer problematischer.

Die Finanzmärkte haben sich darauf eingestellt und würden einen erneuten Aufschub als Beerdigung des Projekts und als Eingeständnis betrachten, daß die ehrgeizigen Ziele nicht durchgesetzt werden können. Dies würde zu starken Reaktionen auf den Finanzmärkten führen.

Der BDI sieht die Gefahr, daß es bei einer Verschiebung zu einer Flucht in die „stabile Mark“ kommt, was den Kurs in die Höhe treiben und die Exporte verteuern würde. Außerdem: „Wer den Termin infrage stellt, riskiert, daß der Zwang zur Disziplinierung verloren geht.“ Mit anderen Worten: Wir müssen das Argument Währungsunion so lange wie möglich für Sozialabbau und Lohndrückerei nutzen.

Aus heutiger Sicht ist schwer vorauszusagen, ob man die EWU am 1. 99 starten läßt oder den Start verschiebt oder zu den Akten legt.

Die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und sozial Ausgegrenzten Europas haben jedenfalls allen Grund, das Projekt Maastricht kompromißlos abzulehnen und europaweit dagegen zu mobilisieren. Es würde ein Europa der Banken, Bonzen und Konzerne, Internationalismus und Integration zum Wohl der Bevölkerung kann nicht auf Basis eines krisenhaften Systems erreicht werden, sondern nur durch den Aufbau einer sozialistischen Förderung der europäischen Staaten.

(Zum Widerstand gegen Maastricht und unser Programm siehe auch Seite 12)

Konvergenzkriterien in der EU

	Inflation **	Defizit in % des BIP	Schulden in % des BIP	Zinsen in %
Schwellenwert 96	2,6	3,0	60,0	8,7
Luxemburg	▼ 1,3	▼ 0,9*	▼ 7,8	▼ 7,0
Niederlande	▼ 1,6	▼ 1,6	▼ 74,7	▼ 7,5
Dänemark	▼ 2,0	▼ 2,6	▼ 78,7	▼ 6,3
Frankreich	▼ 2,1	▼ 1,4	▼ 70,2	▼ 7,4
Deutschland	▼ 1,5	▼ 4,0	▼ 56,4	▼ 6,6
Finnland	▼ 0,6	▼ 3,3	▼ 60,8	▼ 6,3
Österreich	▼ 1,7	▼ 4,3	▼ 71,7	▼ 7,4
Belgien	▼ 1,9	▼ 3,3	▼ 130,6	▼ 6,7
Schweden	▼ 1,1	▼ 3,9	▼ 78,1	▼ 8,5
Großbritannien	▼ 2,9	▼ 4,6	▼ 56,3	▼ 8,0
Spanien	▼ 3,6	▼ 4,4	▼ 67,8	▼ 9,5
Portugal	▼ 3,1	▼ 4,0	▼ 71,1	▼ 9,4
Italien	▼ 4,2	▼ 6,6	▼ 12,4	▼ 10,3
Griechenland	▼ 8,8	▼ 7,9	▼ 110,6	▼ 15,1

Kriterien für die Währungsunion: ▼ erfüllt, ▲ nicht erfüllt

Veränderungen geg. dem Vorjahr: ▼ gefallen, ▲ gestiegen

Prognose: *Überschluß, * Januar-September, auf Jahresbasis.
Quelle: Handelsblatt, EWU Jahresbericht

ende Streit um die Aufteilung der Bande zu den Zusammenhalt der Bande zu sprengen droht.

Wegfall finanzpolitischer Instrumente

Das marktwirtschaftliche Profit- und Konkurrenzprinzip bedeutet immer ungleiche Entwicklung. Auf der Geldebene kann die unterschiedliche Wirtschaftskraft der verschiedenen Staaten durch die Anpassung der Wechselkurse abgedeckt werden. Schwächere Ökonomen konnten durch Abwertung ihrer Währung Wettbewerbsvorteile zeitweise ausgleichen, dann dadurch verbilligen sich ihre Waren. Mit dem Euro fielen das Sicherheitsventil Wechselkursanpassung weg.

Gleichzeitig geht nach dem Vorschrieten von Maastricht ab 1. 1. 99 auch die Geldpolitik auf die europäische Zentralbank über. Damit entfallen zentrale finanzpolitische Instrumente des Einzelstaats. Ein Ankerbein der nationalen Binnenkonjunktur durch Zinssenkung wäre nicht mehr möglich.

Verschärfte Konkurrenz und Arbeitslosigkeit

Ein einheitlicher Währungs- und Finanzraum ohne den Puffer von Währungsheblich verschärfte Konkurrenz. Die produktivsten Konzerne können sich

ohne Schranken durchsetzen. Die EWU „wird noch mehr als heute zur Folge haben, daß Tarifabschlüsse, die nicht im Einklang mit der regionalen Produktivitätsentwicklung stehen, sich unmittelbar zu Lasten der Beschäftigung auswirken.“ (Rexrodt, Handelsblatt 31. 12. 96)

Ein einheitlicher Preisraum wirkt sich auch auf den Preis der Ware Arbeitskraft aus. Die Arbeiter Europas stehen dann in unmittelbarer Konkurrenz zu einander. „Die Einführung einer einheitlichen Währung erhöht jedoch gleichzeitig die Lohntransparenz und den Wettbewerb zwischen den Arbeitskräften. Damit wird ... die Lohnsziplin gestärkt.“ (Deutsche Bank, Studie 96)

Zustände, wie sie heute schon auf deutschen Baustellen bestehen, würden sich dann verschärfen und auf andere Branchen verallgemeinern.

Gewinner- und Verliereregionen

Wenn auch nicht ganz vergleichbar, so gibt es bei der deutsch-deutschen Währungsunion von 1990 einige Ähnlichkeiten zu dem, was in einer EWU passieren würde. Mit dem Beitritt ins DM-Gebiet wurde die weniger produktive DDR-Wirtschaft direkt der westdeutschen Konkurrenz ausgesetzt, was zur Verarmung der industriellen Basis, bis auf wenige Investitionsinseln, führte. Riesige Transfersummen wurden seitdem aufgebracht, die keine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung herbeiführen, sondern nur das völlige

absaufen verhindern.

Zwar gibt es in der EU nicht den Systemunterschied wie zwischen der BRD und der DDR. Aber der Abstand zwischen den Staaten wie auch den Regionen Westeuropas ist enorm, auch bezogen auf die eventuellen Erstelnahmer-Staaten. Die 25 am besten gestellten Regionen haben ein pro-Kopf-Einkommen von 142 Prozent des EU-Durchschnitts, die 25 schlechtesten liegen bei 55 Prozent. Die Arbeitslosigkeit schwankt zwischen 4,6 und 27 Prozent.

In einem Land kann das noch ansatzweise durch Transferleistungen und regionalen Finanzausgleich abgemildert werden. Der innerdeutsche West-Ost-Transfer beträgt 200 Milliarden DM jährlich. Die gesamten EU-Mittel für regionale Strukturpolitik betragen 1995 knapp 50 Milliarden DM. Transferleistungen wie von West nach Ostdeutschland sind in europäischen Maßstab unmöglich und nicht finanzierbar und auch gar nicht erwünscht.

Dieter Hundt vom Arbeitgeberverband BdA: „Keinesfalls darf die Sozialpolitik in europäischen Maßstab zum Ausfallbürgen für unzulängliche Reformbemühungen der einzelnen Länder werden. Wir brauchen eine auf Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit basierende Stabilitätsunion, nicht jedoch eine Transferunion mit immer umfangreicheren zwischenstaatlichen Umverteilungsmechanismen.“ (Handelsblatt, 31. 12. 96)

Internationales Kapital wird vor allem in die wirtschaftlich starken Regionen fließen. Die wirtschaftlichen Strukturen der weniger wettbewerbsfähigen Regionen kämen unter die Räder. Gewinner wären einige wenige Großkonzerne, einige reiche Euroregionen und ein kleiner Teil der Bevölkerung. Der Rest würde abgehängt.

Der währungspolitische Zusammenschluss verschiedener Länder und die Vorherrschaft des Finanzkapitals machen es erforderlich, daß das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euro als Hartwährung ertragen wird. Wenn die internationalen Kapitalgeber kein Vertrauen in den Euro als sicherer Anlagewährung haben, würde das zur Flucht in andere Währungen, Dollar und Yen, und zum Absturz des Euro führen. Dem Ziel, das Vertrauen der Finanzmärkte zu gewinnen, dienen die gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen, der Euro werde so hart wie die DM.

Dies wird schon deswegen kaum möglich sein, weil der Euro nicht die gleiche realwirtschaftliche Grundlage hätte, da er durch unterschiedlich starke Volkswirtschaften unterlegt ist.

Selbst die Stärke der DM widerspiegelt nur noch zum Teil die aktuelle wirtschaftliche Position Deutschlands am Weltmarkt. Die wirtschaftlichen Daten sind schlechter geworden, statt größter Gläubiger ist Deutschland seit der Vereinigung der größte Schuldner und Nettokapitalimporteur Europas. Gerade die hohe Ver-



Demonstration in Großbritannien: Die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen ist international – der Kampf dagegen auch.

Gleichberechtigt?

Schwule sind jetzt häufiger auf den Leinwänden deutscher Kinos zu sehen. Ist die Gleichberechtigung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen in Deutschland schon erreicht?

Ingenmar, Dresden

Vor ein paar Jahren hatte die Schwulen- und Lesbenbewegung mit der Streichung des Paragraphen 175 einen langgestamten Erfolg: Dieser diskriminierte den Sex zwischen einem Mann und einem unter 18jährigen Mann. Für die gegenseitige Liebe konnte der Ältere belangt werden. Dieser Paragraph bestand bis 1969 übrigens in der verschärften Fassung der Nazis, die Tausende von Homosexuellen ins KZ ver-

schaftstragen heterosexuellen Partnerschaften nachgestellt. Immer wieder verweigern Vermieter eine Wohnungsvermietung an homosexuelle Paare. Auch bei der Arbeit kann es große Probleme geben, wie folgendes Beispiel zeigt. Ein Schwuler arbeitete seit zwei Jahren in einer renommierten Gaststätte. Er wurde für zwei Wochen krankgeschrieben. Während er im Krankenhaus lag, besuchte die Polizei seine Arbeitsstätte. Es wurde erwähnt, daß er beim Verlassen einer schwulen Kneipe zusammenge-

schlagen wurde. Als er wieder die Arbeit antrat, wurde ihm gesagt, daß sein Job an jemand anderen vergeben wurde. Seit einiger Zeit gibt es immer

Beim jetzigen Sozialabbau wird versucht werden, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen, garantiert auch mit Vorurteilen gegenüber Homosexuellen. Natürlich müssen wir uns jetzt und hier für weitere Fortschritte einsetzen. Es wird jedoch immer wieder versucht werden, diese rückgängig zu machen. Im Kapitalismus ist auf Dauer nichts mehr sicher.

schleppt und ermordet hatten.

Dieser Paragraph ist typisch für eine Einstellung, die schwule und lesbische Liebe als etwas Abnormes betrachtet. Gefühle zwischen Mann und Mann sowie Frau und Frau werden als abartig hingestellt. Woher kommt dieses Urteil über Homosexualität? In den letzten Jahrhunderten wurde ein Bild von Männern und Frauen geschaffen, dem die Homosexualität ins Gesicht schlägt. Dabei werden Männer als stark und aktiv angesehen, zu denen zu viel Zärtlichkeit nicht paßt. Frauen gelten dagegen als passiv und unselbständig. An dieser Sichtweise hat insbesondere die Kirche mitgewirkt, deren Vertreter wie Bischof Dyba auch heute noch durch homosexuellenfeindliche Äußerungen auffallen.

Einsatz von Vorurteilen

Homophobie – Vorurteile gegen Homosexuelle – wird von den Herrschenden immer wieder ausgenutzt, um unliebsame Gegner auszuschalten. So besetzte die NSDAP-Führung unter Hitler die oppositionelle Stimmung in der SA, die auf soziale Maßnahmen wartete, unter dem Vorwand der Homosexualität von SA-Chef Röhm.

In den letzten Jahren hat es in Deutschland Fortschritte für Lesben, Schwule und Bisexuelle gegeben. Der Paragraph 175 ist verschwunden, manche Städte haben Schwulen- und Lesben-Beauftragte eingesetzt und Homosexualität sind in der Öffentlichkeit sichtbar geworden. Aber von voller Gleichberechtigung sind wir Homosexuellen weit entfernt. Wir haben kein Recht darauf, unseren Freund oder Freundin im Krankenhaus ohne Einwilligung der Verwandten zu sehen. Wir sind in Steuer-, Adoptiv- und Erb-

Sozialistische Partei gegründet

Die britische Schwesterorganisation der SAV, „Militant Labour“, hat auf einer Sonderkonferenz Ende letzten Jahres beschlossen, sich als „Sozialistische Partei“ (SP) neu zu konstituieren. Im Vorfeld der wahrscheinlich für Mai zu erwartenden landesweiten Wahlen wurden im ganzen Land erfolgreiche Gründungsveranstaltungen durchgeführt. Die SP wird in 19 Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten antreten.

Über die Hintergründe führten wir ein Interview mit Mike Waddington, Vorstandmitglied der SP.

VORAN: Welche Überlegungen führten zu Eurer Neugründung?

Mike: Letztlich die Aufgaben der neuen Periode, in der wir leben. Der Zusammenbruch des Stalinismus und die ideologische Kapitulation der Labour-Führung hat das sozialistische Bewußtsein einer breiten Schicht von Arbeitern zurückgeworfen. Die Linke ist desorientiert und zersplittert, eine ganze Schicht politisch aktiver Arbeiter, die kontinuierlich in Gewerkschaften oder politischen Organisationen aktiv waren, ist nahezu verschwunden. Die Schicht Klassenbewußter, sozialistischer Aktivisten ist extrem geschwächt worden.

Andererseits ist der Kapitalismus keinesfalls gestärkt worden. Im Gegenteil, die Krise des Systems wird sich vertiefen und erneut Kämpfe und Massenradikalisierung provozieren. Dies wird die Voraussetzungen für die Erneuerung sozialistischen Bewußtseins schaffen, wengleich auch nicht einfach als Wiederholung früherer Entwicklungen.

Schon jetzt sehen wir in den Gewerkschaften und unter der Jugend die Herausbildung einer neuen, frischen Schicht von Aktivisten. Auch viele, noch nicht aktive Arbeiter lehnen die Auswirkungen marktwirtschaftlicher Politik bewußt ab, sind sich allerdings noch nicht über die sozialistische Alternative klar. Wir müssen diese

breitieren Schichten von Arbeitern und Jugendlichen erreichen, die sich noch nicht als Sozialisten betrachten. Aber sie suchen nach Möglichkeiten zur Gegenwehr und Alternativen zum Kapitalismus. Unser Ziel ist, sie mit sozialistischen Ideen und kämpferischer Politik anzusprechen.

Neuer Name, neues Programm?

Nein, wir verteidigen weiterhin den Marxismus und wir sind stolz auf unsere politischen Traditionen. Der Name ist wichtig, weil es für viele das erste ist, was sie von uns hören. Unser bisheriger Name „Militant Labour“ schuf Mißverständnisse und unnötige Barrieren. Seit die Labour-Party eine geklonte konservative Partei ist, ist „Labour“ im Namen rufschädigend geworden. „Militant“ war früher der Begriff für Klassenkämpfer, heute wird er aber besonders in Medien mehr und mehr mit gewalttätigen und terroristischen Gruppen in Verbindung gebracht.

Mit dem neuen Namen SP wollen wir einfach und deutlich ausdrücken, wofür wir stehen. „Sozialistisch“ ist heutzutage ein klare ideologische und politische Aussage. Für die ältere

reich oder Belgien. „Partei“ macht deutlich, daß wir um Mitglied werden, zu Wahlen antreten und Kampagnen durchführen.

Wie seht ihr Eure Aufgaben?

Wir werden in der nächsten Periode verschiedene Aufgaben kombinieren. In der heutigen nach-stalinistischen Periode müssen wir zum einen sozialistische Ideen rehabilitieren und popularisieren. In dieser Hinsicht wird ein wichtiger Teil unserer Aktivitäten die Teilnahme an Wahlen sein, die eine Plattform für unsere Ideen und Politik bieten und uns erlauben, neue Schichten zu erreichen.

Um den Respekt einer neuen Generation zu gewinnen, die allen Organisationen und Politikern allgemein sehr skeptisch gegenübersteht, müssen wir zum anderen unsere Bereitschaft unter Beweis stellen, unsere Ideen in Aktionen umzusetzen. Wir werden weiterhin eine kämpfende, kampagnenfährende Organisation bleiben.

Wir wollen ein Kampfinstrument für die politisch fortschrittensten Arbeiter und Jugendlichen anbieten, mit dem eine neue Generation marxistischer Kämpfer sich ent-

Notwendigkeit für eine breite, klassenkämpferische Massenpartei?

Ja, und wir treten für den Aufbau einer solchen Partei ein. Leider sind die Voraussetzungen für eine solche Partei heute in Britannien noch nicht vorhanden.

Und was ist mit der Socialist Labour Party (SLP), die Bergarbeiterführer Arthur Scargill letztes Jahr gründete?

Die SLP hat die großen Hoffnungen, die sie weckte, durch enttäuschung. Wir haben uns im letzten Jahr sehr für den Aufbau der SLP eingesetzt, müssen aber heute feststellen, daß die SLP kein Schritt ist in Richtung einer Massenpartei, sondern inzwischen eher ein Hindernis.

Die zukünftigen Ereignisse werden die Bedingungen zum Aufbau einer Massenpartei schaffen. Die sich vertiefende soziale Krise und große Klassenkämpfe im Gefolge der wahrscheinlichen Wahl einer Labour-Regierung zweifellos die Tendenzen zur einer neuen Massenformation verstärken.

Aber wir können nicht darauf warten, daß sich eine solche

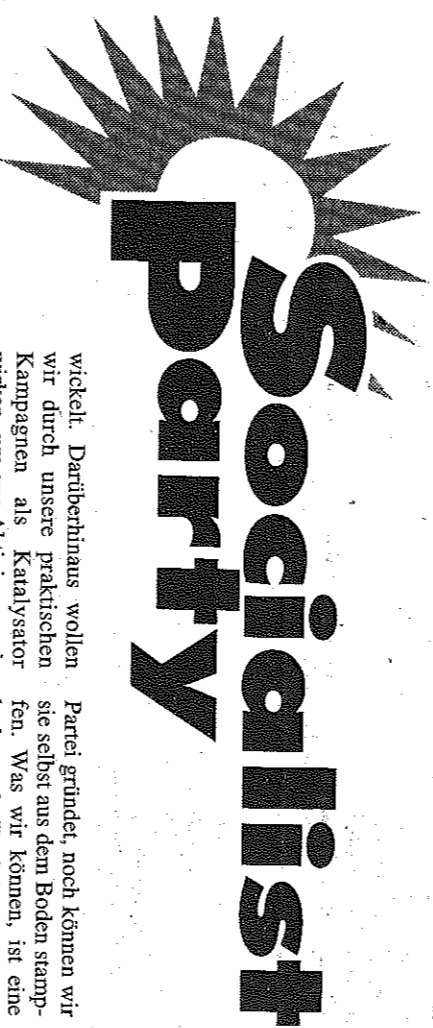
Generation mag er etwas schwammig oder reformistisch klingen. Für die neue Generation ist es aber der Ausdruck für radikale Opposition zum kapitalistischen System, jedenfalls in Britannien, wo es nie eine Massenpartei mit diesem Namen gab, anders als in Frank-

wickelt. Darüberhinaus wollen wir durch unsere praktischen Kampagnen als Katalysator wirken, um zur Aktivierung einer Vielzahl vereinzelter radikalisiert Arbeiter beizutragen und diese bei uns oder in unserem Umfeld politisch organisieren.

Die Labour-Party unter Blair ist weit nach rechts gegangen und ein bürgerliche Partei geworden. Besteht da nicht die

Partei gründet, noch können wir sie selbst aus dem Boden stampfen. Was wir können, ist eine bedeutende Kraft in der unmittelbar vor uns liegenden Phase aufzubauen, eine revolutionäre Partei, die eine kleine Massenpartei werden kann.

Das ist der beste Weg für uns, den Boden zu bereiten für die Herausbildung einer neuen Massenpartei zu einem späteren Zeitpunkt. ■



Die SP-Vorstandsmitglieder Hannah Sell und Peter Taffe bei der Pressekonferenz zur Parteigründung.

Der Süden Albaniens ist im offenen Aufstand. Die Regierung Berisha droht mit der militärischen Niederschlagung der Unruhen. Als in Serbien Polizei gegen die Demonstranten aufmarschierte, wetterten die westlichen Kommentatoren und Politiker gegen die "Diktatur" des "Sozialisten" Milosevic. Über die Unterdrückungsmaßnahmen des offenen marktwirtschaftlichen Präsidenten Berisha äußern sie sich vorsichtiger.

Die Wahlen im Mai 1996 waren nach Aussagen von OSZE-Beobachtern gefälscht. Seitdem sind Polizei und Geheimpolizei immer wieder gegen Oppositionelle vorgegangen, Demonstrationen waren nicht zugelassen. Die Regierung hat die mafiosen "Pyramiden-Spekulationen" gedeckt und die Bevölkerung diesen Betrügen ausgeliefert. Doch getreu dem alten Motto „Er ist ein Schweinehund, aber unser Schweinehund“ entwickelte sich das Berisha-Regime zum Lieblingskind vor allem der britischen und amerikanischen Regierung.

Jetzt warnen die westlichen Staatsmänner die Regierung vor brutaler Unterdrückung, doch das rührt auch dabei, daß bei einem offenen Bürgerkrieg ein Sieg der Regierung keineswegs sicher wäre.

Sturz Berishas möglich

Große Teile des Südens sind in der Hand der Aufständischen. In der Hauptstadt Tirana hält die Regierung die unruhige Bevölkerung nur noch mit Einheiten der Geheimpolizei und der Bereitschaftspolizei unter Kontrolle, die für ihr brutale Unterdrückung von Demonstrationen und das Zusammenschlagen von oppositionellen Politikern berüchtigt sind.

Die Armee ist noch nicht in die Kämpfe hineingezogen worden, aber Kommentatoren sagen, daß diese Ansammlung von unbezahlten, halb-verhungernden schlossenen Wehrpflichtigen nicht gerade eine Kraft ist, auf die sich die Regierung verlassen kann.

Obwohl Berisha in Albanien zunehmend isoliert ist, hat er

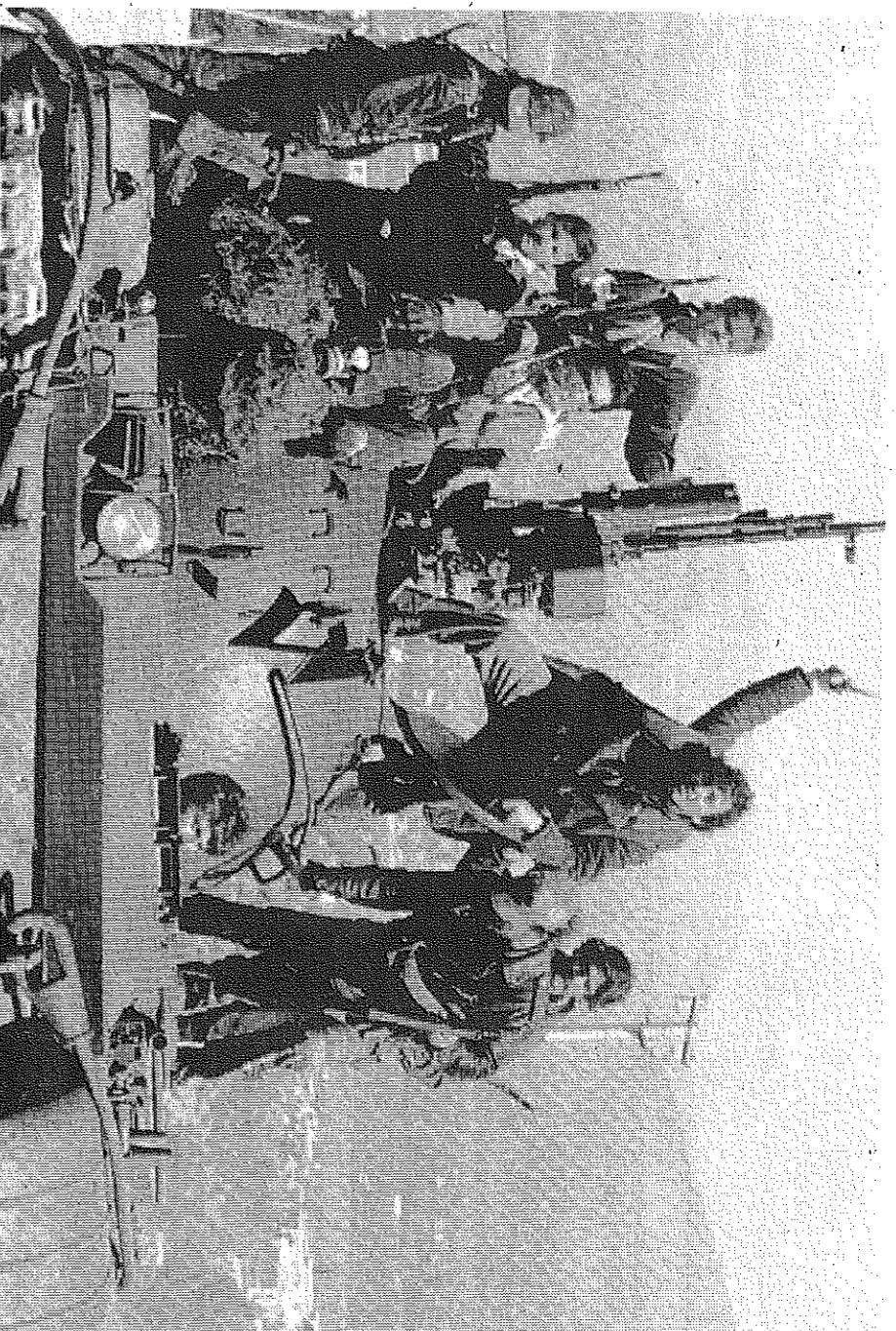
Als Beispiel für die heilsamen Wirkungen von Lohnverzicht muß immer wieder die USA mit ihrer niedrigen offiziellen Arbeitslosenquote (1996 5,4 Prozent) herhalten. Was steckt dahinter?

Claus Ludwig, Köln

Die Regierung Reagan und die US-Unternehmen führten die „Standort-Diskussion“ schon in den 80ern, die US-Gewerkschaften wurden unter Druck gesetzt, Zugeständnisse zu machen.

Heute liegt das Lohnniveau der US-Arbeiter 19 Prozent niedriger als vor 20 Jahren, das Einkommen ungelerner Arbeiter sogar 30 Prozent. 40 Millionen Industriearbeitsplätze wurden abgebaut, die meisten davon im Bereich der gutbezahlten Facharbeiter, Handwerker und Angestellten (Metall 9/96).

Im Dienstleistungssektor entstanden in dieser Zeit Millionen neuer Arbeitsplätze. Diese werden jedoch weitaus schlechter bezahlt. Dies wird von den Unternehmenfreundlichen Kommensuraten immer wieder bestritten. In den „Internationalen Sozialpolitischen Nachrichten 6/96“ des Unternehmensverbandes Gesamtmetall wird die Schaffung der Dienstleistungsjobs so interpretiert, daß darunter im-



Die bewaffnete Bevölkerung hat die Soldaten in die Flucht geschlagen und viel Material erobert. Die Menschen haben genug von Armut und Elend, egal ob in der Marktwirtschaft oder wie früher im Steinzeitalter. „Kommunismus“.

Albanien im Aufstand - welche Perspektive?

immer noch die Rückendeckung der westlichen Regierungen, trotz Beweisen, daß die letzten Wahlen gefälscht wurden. Die britische Regierung hat noch vor kurzem die Diktatur finanziert, indem sie 1Million Pfund als Unterstützung schickte.

Der bewaffnete Aufstand der städtischen Arbeiter und der ländlichen Armen könnte die Regierung stützen, aber es ist unklar, was für eine Regierung dann kommen würde. „Wir haben die Macht abgeschafft“, so ein Lehrer in Tepelena, „jedoch keine eigene Macht gebildet.“

(Izq. 8. 3. 97).

Die Oppositionsparteien, inklusive der Ex-Kommunisten (heute die pro-marktwirtschaftliche „Sozialistische Partei“) sind im Forum für Demokratie zusammengeschlossen, darunter auch kleinere liberale Parteien. Sie haben bis auf die Forderung nach Neuwahlen kein Programm.

Nach 40 Jahren erlittener stalinistischer Diktatur unter Enver Hoxha gibt es wenig Enthusiasmus für die Rückkehr zum sogenannten „Kommunismus“. Aber gleichzeitig haben sechs Jahre

ungehemmter Kapitalismus die Albaner bitter enttäuscht, viele von ihnen können sich kaum über Wasser halten, während sie der Bereicherung und Korruption der Minister und Offiziellen zuschauen müssen.

Die Situation erfordert, daß die Arbeiterklasse in den Dörfern und Städten ihre eigenen demokratischen Organe aufbaut,

um die Gesellschaft zu organisieren, um die Lebensmittelversorgung zu sichern, Gesundheitssversorgung, Elektrizität und das Transportwesen. Nötig ist auch der Aufbau organisierter

bewaffnete Einheiten.

Wenn solche Organe landesweit zusammengeschlossen werden und eine verfassungsgebende Versammlung bilden, können die Arbeiter die bankrotten privatisierten Unternehmen übernehmen und funktionierende öffentliche Betriebe aufbauen.

Das würde nicht nur einen Ausweg aus dem albanischen Alptraum ermöglichen, sondern auch eine Perspektive für den ganzen Krisengeschichtlichen Balkan bieten. (10. 3. 97)

Jobwunderland USA?

genügt, um die Wahrheit zu erkennen. Selbst nach 1992, nach der Lohnsenkung- und Jobver-nichtungsgorgie der Krisenjahre, sind ca. 65 Prozent der neuerschaffenen Jobs unterhalb des Durchschnittslohnes von 1992 (!) bezahlt worden. Nur 1994 und 1995 gab es einen leichten Anstieg von über dem „92er-Durchschnitt bezahlten Jobs.“

Um das Familieneinkommen zu halten, müssen jetzt beide Ehepartner arbeiten. Acht Millionen US-Amerikaner müssen zwei oder drei Jobs haben, um sich über Wasser halten zu können. So wird die These „Lohnver-zicht sichert und schafft Arbeitsplätze“ auf eine perverse Weise bestätigt. Wenn menschliche Arbeitskraft so billig geworden ist, wenn Menschen aus Verzweiflung bereit sind, auch unter dem meisteinsten Bedingungen zu arbeiten, dann lohnt es sich Jobs zu schaffen, die es vorher nicht gab. Dann können im Supermarkt oder im Restaurant ruhig einige Türen-Einpacker oder Hilfskelner mehr stehen. Davon leben können die Menschen nicht.

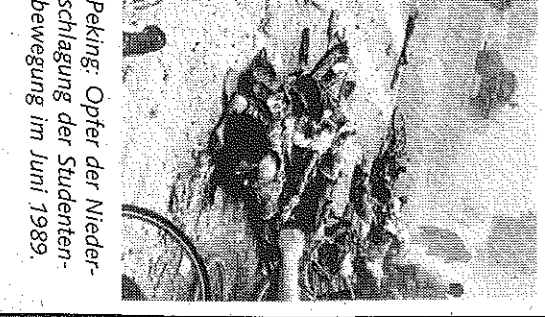
schwerwütige Existenz finanzieren zu können, bringt nichts. Und die Zufriedenheit, die ein „McJob“ bringt, ist sehr begrenzt. Außerdem tangt die US-Arbeitsmarktstatistik noch weniger als die deutsche. Nach einer Andersoning in den 80er Jahren erscheinen viele dort nicht als „arbeitslos“, sondern als „wirtschaftlich inaktiv“. Nach Auffassung des Ökonomen Lester Thurow werden rund 6 Millionen gar nicht durch die Statistik erfaßt. 4,5 Millionen Teil-

zeitarbeitskräfte warten auf einen Vollzeitarbeitsplatz. Zu diesen 14 Prozent Arbeitslosen und Unterbeschäftigten kommen weitere 14 Prozent hinzu, die unsichere Jobs haben. „8 Millionen sitzen auf zeitlich befristeten Arbeitsplätzen, zwei Millionen arbeiten auf „Abwurf“ und weitere 8 Millionen sind in kleine Selbstständigkeitsinstanzen ausgewachsene Facharbeiter, die immer mal wieder nach einem festen Job Ausschau halten.“ (Metall 6/96).

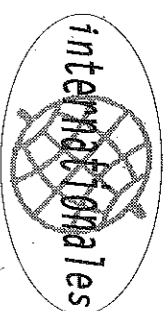
Von Staatsmann zu Staatsmann

„Deng zählt zu den großen Führungspersönlichkeiten in der neueren Geschichte der VR China. Die für die ganze Welt sichtbaren wirtschaftlichen Fortschritte der VR China gehen vor allem auf sein Wirken zurück. Die von ihm getragte, von Rückschlägen nicht freie Reform- und Öffnungspolitik hat wesentlich zur Erhöhung des Lebens-

stand Kanzerler Kohl anläßlich des Todes von Chinas Altdiktator Deng Xiaoping. Zu den erwähnten „Rückschlägen“ der Reformpolitik zählt Menschenfreund Helmuth Wahrscheinlich auch die blutige Niederschlagung der Studenten- und Arbeiterbewegung im Juni 1989?



Peking: Opfer der Niederschlagung der Studentenbewegung im Juni 1989.



Ölstreik im Iran

Hunderte streikender Ölarbeiter wurden während einer Demonstration vor dem Ölmuseum verhaftet. Sie streiken für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und das Recht, unabhängige Arbeiterorganisationen zu bilden. Der iranische Staat hat alle Organisationen der Arbeiter für illegal erklärt. Die gewählten Vertreter der Streikenden wurden von bewaffneten „Revolutionsgardisten“ darin gehindert, nach Teheran zu fahren.

Das Regime hat sogar behauptet, daß ein Übereinkommen zwischen Regierung und Arbeitern geschlossen wurde. Das ist eine Lüge. Die Beschäftigten aller vier Raffinerien, die Pipeline-Arbeiter sowie die Beschäftigten der nationalen Gas-Gesellschaft haben gestreikt und die Freilassung der Festgenommenen verlangt.

Wir bitten alle LeserInnen, Protestschreiben zu schicken:

President Rafsanjani,
Palestine Avenue,
Azerbaijan Intersecction,
Teheran, Iran.

Botschaft der islamischen Republik Iran, Codesberger Allee 133-37, 5375 Bonn,
Fax 0228/376154
Kopien bitte an die Redaktion VORAN.

Türkei:

Busfahrer siegen

Die 294 Busfahrer von ASTI in Ankara haben in einem 9-monatigen Streik eine Lohnerhöhung von 210 Prozent durchgesetzt. Angesichts der Inflation in der Türkei reicht das noch nicht aus, aber sie haben damit das lächerliche Angebot von 18 Prozent durchbrochen, was ihnen der islamistische Bürgermeister der Stadt machte. Die zuvor entlassenen 47 Arbeiter wurden wieder eingestellt.

Streikposten wurden verhaftet und in der Haft bedroht. Die Islamisten waren besonders geschockt, weil die Busfahrer vorher als deren Parteigänger galten. Die Arbeiter wurden von den Refah-Leuten mit Hausbesuchen und Telefonanruhen unter Druck gesetzt. Ihnen wurde Geld versprochen, wenn sie den Streik abbrechen. 60 Arbeiter sind aus der Gewerkschaft ausgetreten. Aber am Ende hat die Mehrheit durchgehalten.

Nach Aussage des Vorsitzenden der zuständigen Gewerkschaft TÜMMIS, Sabri Topcu, ist dieser Streik eine Ernüchterung für die kommenden Kämpfe in der Türkei.

Renault: Streik International

Gegen die Schließung des belgischen Werkes Vilvoorde haben Anfang März Renault-Beschäftigte in ganz Europa gestreikt. KollegInnen in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal und Slowenien haben sich daran beteiligt. Der Generaldirektor drohte daraufhin, wenn Vilvoorde nicht geschlossen würde, müßten „alle 140 000 Renault-Beschäftigten die Verluste tragen“.

Die KollegInnen haben ein wichtiges Signal gegen die Spaltung und die Standort-Propaganda gesetzt. Angesichts des Abbaus, der auf die Auto-Industrie zukommt, ist für alle Betriebe und über Betriebsgrenzen hinaus eine in-

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schecken vor Konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf. Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer "Utopie".

Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von Gewerkschaften, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufs-

politiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohn verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen.

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten.

Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihm weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInnenationale, zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Im-

mobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben.

Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und im Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Es tut sich nichts außer wir tun es! Mach mit bei der SAV!

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußball den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
- ★ Abrüstung jetzt
- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Sozialistische Alternative

Ich erteile VORAN e.V. eine **Einzugsermächtigung** über:

DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift:

Kontobank, BLZ:

Ort, Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon:

Abgeben am SAV-Stand, Dänem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

ABONNIERT VORAN!

Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitschrift - Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN, zu sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redaktoren: Angela Baner
Erstverleger: Monaficht
Druck: Carl Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21 / 13 72 80
e-mail: SAVBUND@AOL.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59 430

Überweisen an: VORAN, Postgironr. Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059 430 - keine automatische Abb.-Verfängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

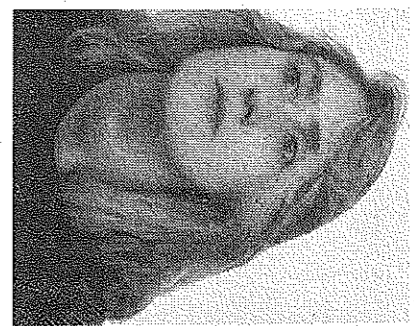
Name, Anschrift, Telefon:

- zehner Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

"... eine Partei, die sich für die Normalbevölkerung einsetzt."

Gabi Otto aus Köln sagt warum sie in die SAV eingetreten ist:

Früher habe ich überhaupt nicht so viel mitbekommen, was eigentlich politisch in Deutschland so passiert. Ich war so mit dem Versorgen meiner Familie und meinem Haushalt beschäftigt. Da ist vieles völlig an mir vorbeigegangen. Aber als es um den Arbeitsplatz von meinem Mann bei Deutz-Fahr ging, fing alles an. Dadurch lerne ich auch die Leute von der SAV kennen. Ich hörte mir ihre Meinungen an, und eigentlich waren das im großen und ganzen auch meine. Da bin ich so richtig wach geworden. Ich fing an Nachrichten zu sehen und Zeitungen zu lesen. Und da wurde mir klar, ganz gleich welche Partei ich auch wähle, es kommt für den normal verdienenden Bürger nichts dabei raus. Nur die großen Bonzen verdienen dabei. Mir wurde klar wir brauchen eine Partei, die sich für



die Normalbevölkerung einsetzt. Nicht wie die anderen Parteien, für die sind wir doch nur gute Steuerzahler. Unsere Wahl ist denen doch ganz egal. Hauptsache ihre Kassen stimmen. Und darum bin ich in die SAV eingetreten. Ich hab zwar durch meine Familie nicht viel Zeit, aber ich denke auch kleine Beiträge helfen die Partei zu unterstützen. Das ist immer noch besser als zuzusehen, wie unsere Stadt immer mehr zugrundegeht.

Spendenfonds

Wie finanziert die SAV ihre Arbeit?

Jedes Flugblatt, jedes Plakat, Büromiete, Kosten für Telefon, Fax, Kopierer werden mit den Beiträgen und Spenden finanziert. Zum Jahresende hatten wir einen zusätzlichen Spendendappeil mit dem Ziel 14.000 DM zu erhalten. Erreicht wurden 16.325 DM, ein Superergebnis. Anlässlich des SAV-Kongresses Ende April haben wir uns ein noch ehrgeizigeres Ziel von 18.000 DM gesteckt. Daß die etablierten Parteien von Unternehmen gesponsort werden, damit sie deren Interessen in Politik umsetzen, ist bekannt. Klar ist aber auch, daß

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Berlin**
OG Treptow: Montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG Prenzlauerberg: Montags 19 Uhr, "Kiez-Club", Jählonkskr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linkstreff Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: Mittwochs 19.30 Uhr, Jugendhaus Hestlach (Böblinger Str. 92)
Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Aachen**
OG Ost: Montags, 19 Uhr, SED-DAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SED-DAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Siegen**
Dienstags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 18 (beim oberen Schloß)
Infos unter Tel. (0271) 51291
- Bremerhaven**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Kassel**
OG Nordost: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG West: Freitags, 19 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter Tel. (0561) 16491
- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustusstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro
- Köln**
Donnerstags, 19 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel. (0221) 134504
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
Infos unter Tel. (069) 453275
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504:
Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lüneburg, München, Offenbach/Main, Gelsenkirchen/Recklinghausen

Eine Minute Zeit, den Saal zu verlassen...

Mit dieser Aufforderung reagierte die Bezirksvertretung des Stadtteils Köln-Kalk auf unseren Versuch, Unterschriften für mehr Ausbildungsplätze zu übergeben.

Rasmus Nowotny, Köln

Donnerstag, 13. Februar 1997, ein dusterer und verregener Tag – plötzlich ist das Bezirksratshaus Kalk von Mitgliedern der SAV umgeben. Es werden Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt und eine Rede gehalten. Andere politisch interessierte Leute beteiligen sich an der Aktion. Darunter Mitglieder der PDS-Köln, Jusos, JO/Unpa. So oder ähnlich muß es auf Passanten gewirkt haben, als wir mit den auf einer Wäscheleine aufgehängten Unterschriftenlisten durch die Sitzung des Bezirkrates betreten. In den Wochen zuvor hatten wir über 500 Unterschriften für die Forderung nach 400 zusätzlichen Ausbildungsplätzen und die Einrichtung von überbetrieblichen Ausbildungszentren durch die Stadt Köln gesammelt. Die Stadt hat selber massiv Lehr-

stellen abgebaut. 1989 gab es noch 481 Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln, 1996 nur noch 270, von denen außerdem ein großer Teil nicht mehr übernommen werden soll.

Medienwirksam hat die SPD noch vor einem halben Jahr auf ihrem Jugendparteitag, der übrigens in Köln stattfand, beschlossen, daß Unternehmen die zu wenig ausbilden, eine Umlage zahlen sollen. In Köln regiert die SPD zusammen mit der CDU. Wer aber gedacht hatte, daß die SPD mit ihrer Forderung ernst macht und zum Beispiel eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die Unternehmer vorschlägt, damit die Stadt mit dem Geld Ausbildungsplätze schaffen kann, irrt sich.

Die Bezirksvertreter von SPD und CDU weigerten sich sogar, die gesammelten Unterschriften anzunehmen und ließen lieber nach der Polizei rufen. Nachdem wir den Saal verlassen hatten, konnten die Damen und Herren sich den wirklich wichtigen Dingen zuwenden. Erster Tagesordnungspunkt: Bekanntgabe der Geburtstage der Bezirksratsmitglieder seit der letzten Sitzung.



SAV-Protestaktion im Bezirksrathaus: Die Annahme der Unterschriften wurde verweigert.

Einladung zum SAV Kongreß 18.-20. April '97 Fulda, Hessen



SAV

Sozialistische Alternative

Bremen/Bremerhaven



Mieterprotest gegen Privatisierung

Von einer Protestaktion der Mieter der Wohnungs-Gesellschaften "Gewoba" und "Bremische" berichtet die Bild-Zeitung mit Foto (siehe oben): "Brent Kennedy (45) von der Mieterinitiative Bremerhaven: CDU und SPD, das ist die große Koalition der Lügner". Beide Parteien versprachen im Wahlkampf 95: "Mit uns kommt ein Verkauf der Gewoba nicht in Frage." Brent Kennedy ist Mitglied der SAV Bremerhaven. Der Kampf geht weiter: Zum ersten Treffen der Mieterinitiative im Stadtteil Bürgerpark-Süd kamen 35 Leute.

Leserbrief

Werte Redaktion!

Inhaltlich finde ich Eure Zeitung recht gut und bin auch mit vielen Dingen gedanklich konform (weiter so). Jedoch scheint Euch in der Kohl-Ärgerei ein kleiner Fehler unterlaufen zu sein, ohne daß Ihr dies gemerkt habt. So schreibt Ihr auf der Titelseite, Spalte 3, daß Ihr die Anhebung der Spekulationsfrist für Aktienkauf/Verkauf für ein Geschenk an die Reichen seht. Nun überlegt doch aber einmal

selbst. Wenn ich ein Gut (wie auch immer) länger in meinem Besitz halten muß, ohne es verkaufen zu können ohne daß die Spekulationssteuer mit einem Großteil des Gewinns wegnimmt, um so weniger kann ich in diesem Fall von Spekulation sprechen. Denn so wird verhindert, daß schnelle Gewinne (Beispiel Telekom-Aktie) am Fiskus vorbei mitgenommen werden.

Es wäre in diesem Fall eher zu bemängeln, wenn die Regierung diese Frist von 180 Tagen auf 90 Tage und bei Immobilien von zwei Jahre auf ein Jahr her-

abgesetzt hätte. Ich denke, daß der gemachte Schritt in die richtige Richtung geht, allerdings noch nicht weit genug. Auch ist hier in diesem Bereich noch eine Menge an Geld zu holen für den Staat.

Jedoch solange die Regierung den Kapitalisten nahe steht und mit ihnen am selben Tisch sitzt, wird sich grundlegend nichts ändern, auch nicht bei einer von der SPD gewonnenen Bundestagswahl.

Udo, Frankfurt

Udo hat völlig recht, wir haben diesen Fakt falsch interpretiert. Auch andere Leser haben uns darauf aufmerksam gemacht. Vielen Dank

Die Redaktion

Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau - europaweit

Du bist der Meinung, daß endlich ein entschlossener Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau geführt werden muß. Du glaubst, daß der Euro die Reichen reicher macht und die Armen ärmer. Du denkst darüber nach, ob die Marktwirtschaft nur Fehler hat oder der Fehler ist. Du willst nicht abwarten, bis Kohl 1998 abgewählt wird und eine SPD-geführte Regierung weilmacht mit Umverteilungspolitik von unten nach oben. Du fragst Dich, ob es nicht an der Zeit ist, eine neue Arbeiterpartei aufzu-

bauen. Du hast schon von der SAV gehört, willst mehr über ihre Politik wissen und vielleicht auch Mitglied werden. Dann komm zu unserem Kongreß.



Themen:

- ★ Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei
- ★ Gegen das Europa der Konzerne – auf zur europaweiten Demo Amsterdam
- ★ Aufbau der SAV
- ★ Wahlen zum Bundesvorstand der SAV
- ★ Die Arbeit des Komitees für eine Arbeiterinternationale

Der Kongreß wird am Freitag um 14 Uhr beginnen und am Sonntag um 15 Uhr zu Ende sein.

Frauen-Internationale

Dieses Lied wurde von den Mitgliedern der SAV-Rosstock am internationalen Frauen-Aktionstag gedichtet und gesungen. Die Flugblätter mit dem Text fanden reißenden Absatz und waren schnell vergriffen.

Wacht auf Ihr Frauen, dieser Erde, die stets man noch zum Kochen zwingt
versauern nicht am Küchenherd, nur durch Kampf der Sieg gelingt

Reihen Tisch macht mit den Bedrängern, Frauen – nehmt's nicht länger hin
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, Gemeinsamkeit ist der Gewinn

Frauen hört die Signale
schlägt die Küchenutensile zu der internationale
Kampf gehört dazu
Frauen hört die Signale
kommt – wir machen großen Stark

Im internationalen Kampf um Gleichberechtigung
Es rettet uns keine Frau Nolte,
das müssen wir schon selber tun
da hilft nur noch eine Revolte
und auch dann dürfen wir nicht ruhen

es gibt kein schlechtes Gen in Männern, sondern schlecht ist das System
nur wenn wir endlich etwas ändern, dann wird es vorwärts gehen

Frauen hört die Signale...
Als Mann und Frau im Kampf zusammen, sind wir die stärkste Kraft der Welt,
die Reichen scheuchen wir von dannen und wir holen uns unser Geld

Unsre Arbeitskraft ist nicht mehr käuflich für dieses kleine Gröppchen-Dreck
Wir zeigen auf die Klassenhierarchie mit einem Wusch sind die Bogen Weg

Frauen hört die Signale
schlagt die Küchenutensile zu greiff auch eure Männer
dann die gehen dazu
also – hört die Signale
auf zum letzten Gedächtnis im internationalen Kampf um jedes Menschenrecht

Alle Mitglieder und InteressentInnen sind herzlich eingeladen.

Kosten
Tagungskosten einschließlich Unterbringung und Verpflegung betragen 70 DM, zuzüglich Fahrtkosten (es werden Fahrgemeinschaften organisiert und ein Fahrtkostenausgleich gemacht).

Kinderbetreuung
Es wird kostenlose Kinderbetreuung organisiert. Auslauf ist garantiert. Das Tagungsgebäude

Anmeldeschluß:
Freitag, 4. April 97

Ich möchte mich hiermit zum SAV-Kongreß vom 18.-20. April anmelden, habe eine Anzahlung von DM 20 DM auf untenstehendes Konto überwiesen und bitte um Zusendung der Konferenzunterlagen

Name _____

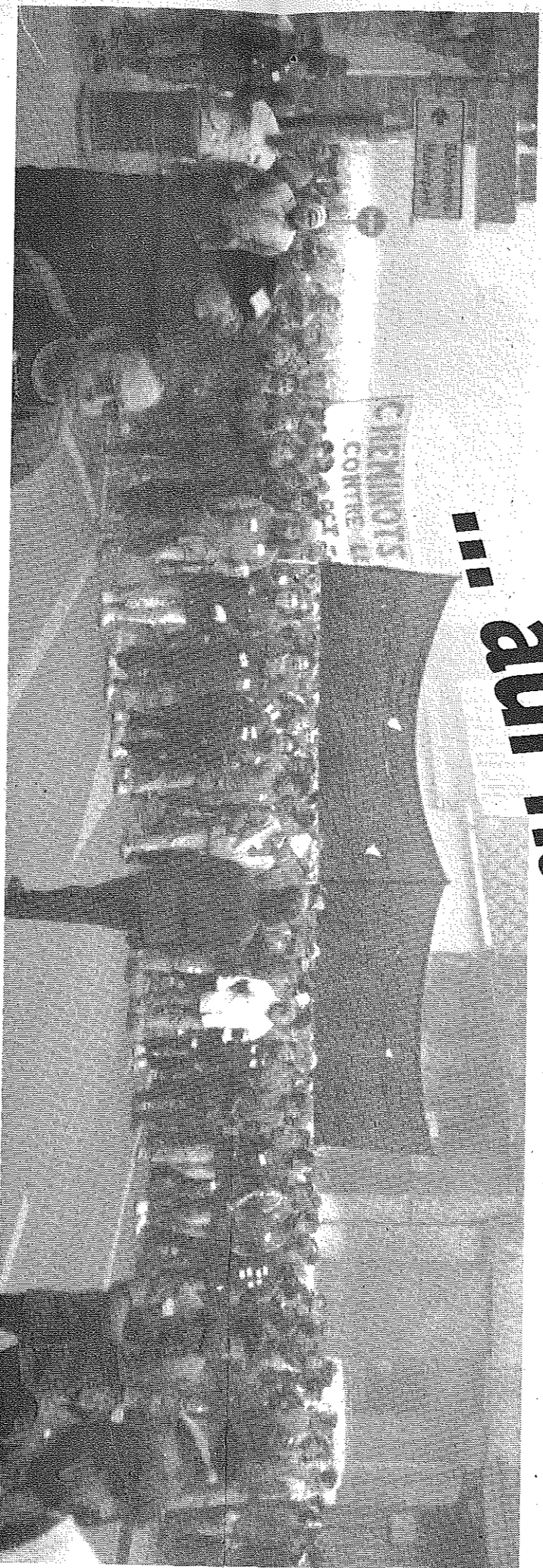
Anschrift _____

Telldon _____

Ich bringe _____ Kinder mit im Alter von _____

Konto: VORAN e.V., Postgitoamt Essen, BLZ 360 100 43,
Konto 250 059-430
Abschnitt ausschneiden und einsenden an:
SAV-Bundeszentrale, Hansaring 4, 50670 Köln
Per Fax (0221) 137280

Nein zum EUROpa der Banken und Konzernne auf nach Amsterdam!



Amsterdam? Dort tagen am 16. und 17. Juni die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Unter dem Titel „Maastricht II“ soll weiter am Europa der Banken und Konzernne gebaut werden. Aber sie werden nicht allein sein!

Ulf Petersen, Mitglied im Euromarsch-Ausschuss für Deutschland

Hunderte von Initiativen, Ar-

beitslosen- und Sozialhilfeempfängerverbänden, Organisationen, Gewerkschaften und Parlamentariern aus ganz Europa rufen zum Marsch auf Amsterdam und zur Demonstration am 14. Juni auf. Die holländische Initiative „für ein anderes Europa“ wird vom 16.-19. April einen Gegengipfel veranstalten. Ziel: Den Widerstand von unten europaweit vernetzen. Druck für Forderungen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit aufbauen. „Die Verringe-

rung der Massenarbeitslosigkeit in einer Periode hoher Produktivitätssteigerungen erfordert eine massive Verringerung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, verbunden mit sofortigen Neueinstellungen.“ heißt es im Florentiner Appell. Die Gewerkschaften in Deutschland wollen uns dagegen zum Lohnverzicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze anhalten. Aber Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze, sondern nur höhere Profite.

Die Europäische Währungsunion (EWU) und der Euro sollen uns glücklich machen. Als Vorgeschmack haben wir ja bereitszeit ohne Lohnverlust, verbunden mit sofortigen Neueinstellungen.“ heißt es im Florentiner Appell. Die Gewerkschaften in Deutschland wollen uns dagegen zum Lohnverzicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze anhalten. Aber Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze, sondern nur höhere Profite.

man schieren gegen diese Kriterien, die die Arbeitslosen und Arbeiter in ganz Europa auspressen.“ heißt es im Entwurf für ein Manifest für die Euromärsche. Dieses Manifest wurde auf der Euromarsch-Konferenz im Brüssel am 23./24. März nicht formal abgestimmt. Die 600 TeilnehmerInnen (darunter 250 aus Frankreich) waren sich jedoch in diesem Punkt weitestgehend einig. Die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale ha-

Werdet aktiv bei den Euromärschen, kommt mit zur Demonstration nach Amsterdam!

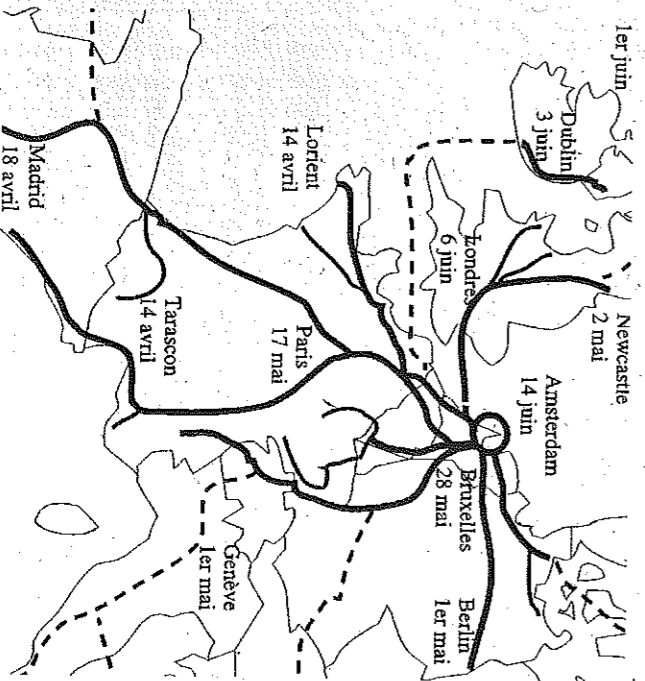
Ich möchte...

- weitere Informationen bekommen
- aktiv werden bei den Märschen und den örtlichen Aktionen
- mitfahren nach Amsterdam

Name _____ Adresse _____

Telefon _____

Einschicken an:
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln, Fax (0221) 134504, e-mail SAVbund@aol.com



Marschieren? Durch ganz Europa?

Ca. 20 Märsche werden am 14. April starten und am 14. Juni in Amsterdam ankommen. Auf den Etappen werden Demonstrationen, Besetzungen, Veranstaltungen etc. stattfinden. Durch Deutschland werden 3 oder 4 Märsche gehen. Natürlich wird auf den „Märschen“ auch viel gefahren werden, um die größeren Entfernungen zu überbrücken. Am 14. April und 24. Mai finden europaweite Aktionstage statt. Der Europäische Gewerkschaftsbund (ECB) hat für den 28. Mai einen Aktionstag angekündigt.

14. Juni

Amsterdam:

Euro-Marsch

Europaweite Demonstration

Die Marschierer werden in vier Camps um Amsterdam herum auf die aus ganz Europa anreisenden DemonstrationsteilnehmerInnen treffen. Ab 14 Uhr Demonstration mit anschließender Krdgebung. Danach Festival mit Musik und Kultur in einem Park bis Mitternacht. Mitmachen!!!